

Arbeiter-Zeitung

Dienstag, den 19. Juli 1932.
14. Jahrgang Nr. 167

Du wirst belogen
von der bürgerlichen und
sozialdemokratischen Presse
Die nackte Wahrheit erfährst du
in der „Arbeiter-Zeitung“

Preis: 60 Pf.
Abonnement: 120 Pf.
Wochenpreis: 12 Pf.
Einzelhefte: 6 Pf.
Die dreifache Mißbilligung am Tage vorher bis 18 Uhr.

für Schlesien

Organ der KPD., Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Hauptexpedition: Breslau 10, Kreuzberger Straße 60. Fernsprecher 460 39. Postfachkonto: Breslau Nr. 544. — Redaktion: Breslau 10, Kreuzberger Straße 60 (Vorderhaus). Fernsprecher 439 02. Erscheinungstag: Montag bis Freitag von 17—18 Uhr. — Vertriebsland: Breslau. — Verlagsleiter: Schlesische Verlagsgesellschaft m. b. H., Breslau 10, Kreuzberger Straße 60. Fernsprecher 460 39.

Papen-Regierung bereitet vor

Standrecht gegen Antifaschisten

Demonstrationsverbot gegen die Antifaschistische Aktion — Schärfste Maßnahmen gegen die KPD. geplant — Heines und Co. kündigung Galgen für marxistische „Hezer“ an!

Beschließt Proteststreiks in allen Betrieben!

Berlin, 19. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Die Schleicher-Papen-Regierung veröffentlicht heute die neue Verordnung, nach der Versammlungen unter freiem Himmel und Umzüge bis auf weiteres verboten werden, außer wenn sie „in festumsriedeten, für Massenbesuch eingerichteten Anlagen und bei Besuch nur gegen Eintrittskarten“ stattfinden. Die Papen-Regierung bereitet weitere Maßnahmen vor, insbesondere gegen die KPD.-Presse. Weiter ist geplant, Standgerichte, die die Todesstrafe bei Waffenbesitz und Gebrauch von Sprengstoffen verhängen, einzurichten. Die Schleicher-Papen-Diktatur erklärt in der Anleitung zu ihrer Verordnung über das Demonstrationsverbot, daß „in der weit überwiegenden Zahl der Fälle die Zusammenstöße auf Provokationen und hinterhältige Ueberfälle von kommunistischer Seite“ beruhen.

Unter dem Druck der nationalsozialistischen Arbeitermörder hat die Reichsregierung den Reichsinnenminister von Gahl ermächtigt, ein Demonstrationsverbot für das ganze Reich zu erlassen. Um jedoch die

Faschismus will die kommunistische Partei treffen, weil sie die einzige antikapitalistische Partei Deutschlands ist. Der Faschismus will zugleich die Arbeitermassen, die sich gegen den Mordterror der Hitler-Banden wehren, durch dramatische Strafen einschüchtern, um auf solche Weise die deutsche Arbeiterklasse wehrlos dem Terror der nationalsozialistischen Arbeitermörder auszuliefern!

Die sozialdemokratischen Führer sind auch jetzt wieder die Helfershelfer der faschistischen Arbeitermörder. In Altona war es der sozialdemokratische Polizeipräsident Eggerstedt, der seine Polizeitruppe auf die Arbeiterschaft schießen ließ, bloß weil sie sich der faschistischen Provokation erwehrte. In Langensfeld war es der sozialdemokratische Landrat Kähler, der die Polizei gegen die Arbeiter hegte. In Köln, Duisburg, in Berlin usw. sind es sozialdemokratische Polizeipräsidenten, die für den Faschismus den Kampf gegen die Arbeiterklasse führen.

Während die Severing, Wels, Leipart, Höllermann, die Polizei- und Regierungspräsidenten der SPD die Geschäfte der Papen-Hitler besorgen, werden die Massen der sozialdemokratischen Arbeiter sich nicht täuschen lassen über das, was die faschistische Reaktion mit ihrem neuen Unterdrückungsfeldzug gegen die kommunistische Partei beabsichtigt.

Der „Vorwärts“ rechtfertigt die Verordnung der Papen-Regierung, die sich ausdrücklich gegen die Antifaschisten und die KPD. richtet, indem er heute zur Täuschung der Arbeiter schreibt: „Auch die Schötkinder der Papen-Regierung, die Nationalsozialisten, müssen auf die Demonstrationen verzichten. . . Die SA. darf zwar Uniform tragen, aber die Uniformierten dürfen nicht mehr in geschlossenen Flügen auftreten. Der Wert der soviel umlängsten Uniformspaziergeherlaubnis wird auf ein Minimum reduziert.“

Aus dem Inhalt:

Wieder ein KPD.-Funktionär niedergeknallt
SA.-Meuterei in Reichenbach
Thälmann-Kundgebung im Spiegel der Presse
Thälmann-Rede gegen Hunger und die Not in
Oberschlesien und Schlesien

Auch die sozialdemokratischen Arbeiter müssen erkennen, daß sie selber getroffen werden sollen, indem man die kommunistische Partei, die Vorläuferin gegen den Faschismus, trifft!

Jeder Schlag des Faschismus gegen die KPD. ist ein Schlag gegen die gesamte Arbeiterklasse und muß von der gesamten Arbeiterklasse beantwortet werden.

Organisiert sofort Proteststreiks in allen Betrieben!
Nieder mit den Ausnahmegeetzen der Papen-Regierung!
Her mit der Demonstrationsfreiheit für die Arbeiterklasse!
Rechnet ab mit den sozialdemokratischen Helfershelfern der Papen-Hitler!
Werft die faschistischen Mordbuben aus den Betrieben!
Schluß mit dem braunen Mordterror!
Schafft überall die rote Einheitsfront!
Verstärkt die Antifaschistische Aktion!

Die deutsche Arbeiterklasse steht zu ihrer Kampfpartei! Die Millionenmassen des Proletariats schützen und verteidigen die kommunistische Partei Deutschlands!

Nun erst recht: Antifaschistische Aktion!



Der Führer der Antifaschistischen Aktion

Hitler-Kundgebungen, die für die nächsten Tage festgesetzt sind, nicht zu fördern, sind ausdrücklich Kundgebungen unter freiem Himmel, die in festumsriedeten Räumen (Stadions oder dergleichen) abgehalten werden, von dem Verbot ausgenommen.

Gleichzeitig verbreitet die Telegraphen-Union eine Meldung aus zuständiger Quelle, in der mitgeteilt wird, daß die Reichsregierung weitere Maßnahmen beabsichtige, unter anderem dahingehend, daß Personen, die im Besitz einer Waffe betroffen werden, an die Wand gestellt werden sollen!

Weiter wird mitgeteilt, daß auf Grund des Artikels 18 Schnellgerichte eingesetzt werden, die in einem abgekürzten Verfahren Delikte, wie Waffenbesitz, Waffengebrauch, Sprengstoffdiebstahl und Sprengstoffgebrauch, aburteilen sollen. Für diese Delikte soll die Todesstrafe festgesetzt werden!

Dazu wird von amtlicher Stelle ausdrücklich erklärt, daß alle diese Maßnahmen in erster Linie gegen die Kommunisten gerichtet seien, die als staatsfeindliche Elemente betrachtet werden.

Die Naziführer Göring, Heines und andere haben vorige Woche zur direkten Bewaffnung der SA- und SS-Banden aufgerufen. Die Ueberfälle der SA-Banden am Sonntag in Altona, Fürstenwalde, Hindenburg usw., waren die sofortige Antwort auf die Reden Görings, Heines und der anderen nationalsozialistischen Mordhezer. Der Breslauer Polizeipräsident läßt durch die gestrige Presse eine polizeiliche Anordnung auf Ablegerung von Waffen veröffentlichen. Die schwerbewaffneten Faschisten, die Dum-Dum-Geschosse gegen die Arbeiterschaft herstellen, werden mit einem Hohngelächter über diese polizeiliche Anordnung hinweggehen. Die antifaschistischen Arbeiter wissen, daß sich diese polizeiliche Anordnung ausschließlich gegen sie selbst auswirken wird.

Die Nationalsozialisten haben in ihrem Makat „Wer mordet Arbeiter?“ den Galgen für die marxistischen Hezer angezündet. Wir sagen diesen Kapitalstredchen und Fememördern ganz frei und offen:

Wer an den Galgen kommt, das bestimmen nicht die Goebbels, Heines u. Co., sondern das bestimmen einzig und allein die antifaschistischen Arbeiter!

Diese neuen Verordnungen der von Hitler abhängigen Papen-Gahl-Regierung sind ein Warnsignal für die Arbeiterklasse. Der



Teilansicht des Riesenaufmarsches auf dem Reitzensteinalt in Hindenburg

Löwenberger Arbeiter und Rentenempfänger im Mieterstreit

Kampfausschub der roten Einheitsfront appelliert an die gesamte schlesische Arbeiterchaft: Schafft in jedem Ort Kampfausschüsse! Formiert überall den roten Massenelbstschub!

Löwenberg, 18. Juli. Ein hiesige Mannschaften nicht an die schlesische Arbeiterchaft folgenden Anruf:

Massenorganisationen! Wir sozialdemokratischen, kommunistischen und parteilosen Arbeiter von Löwenberg wenden uns heute an euch mit der Bitte um ein gemeinsames Vorgehen im Kampf gegen die Hungerdiktatur. Die Arbeiterchaft der roten Einheitsfront hat es beabsichtigt, die Kampfbanden des Löwenberger Protestkomitees. Jetzt haben wir den roten Massenelbstschub geschaffen und der furchtbare Terror ist abzuwenden. Unter geschlossenen Reihen im Kampf mit den Kampfwilligen der Arbeiter und den Gewerkschaften an ihre Kraft wachen lassen.

300 Löwenberger Arbeiter und Rentner haben ohne Unterschied ihrer Parteizugehörigkeit den Mieterstreit gegen die Hungerdiktatur aufgenommen. Die Erfolge weniger Wochen gemeinsamen Kampfes beweisen uns, daß wir auf dem richtigen Wege sind. An euch, schlesische Arbeiter und Arbeiterinnen, liegt es, ebenfalls die Schranken niederzureißen, die noch zwischen euch stehen. Weicht euch die Bruderhand zum gemeinsamen Kampfe. Schafft in jedem Ort Kampfausschüsse der roten Einheitsfront. Formiert eure Reihen im roten Massenelbstschub. Nehmt Stellung zur sofortigen Aufnahme des Kampfes gegen die Hungerdiktatur. Der gemeinsame Kampf sichert uns den Sieg.

Kampfausschub der roten Einheitsfront in Löwenberg i. Schlef.
Kriegs Weiberg,
2. Vorsitzender der SPD, 1. Vorsitzender des ADGB,
Kurt Braun,
1. Vorsitzender KPD.

Der Anruf wird in vielen Orten Schlehens hürftigen Widerhall finden. Auch dort werden die Ausgebeuteten den Kampf aufnehmen müssen gegen SA-Terror, gegen Lohn- und Unterdrückungsfürsorge.

gegen Lohn-, Unterdrückungs- und Schlachtsteuer und gegen die hohen Mieten. Überall muß man zum Mieterstreit greifen. Zuerst müssen die Protesten von ihrem fargen Lohn und Unterstützung sich Essen und Bekleidung beschaffen; die Zahlung der Miete und der Steuern kommt zu allerletzt.

Die Gewerkschaften müssen auf allen Stempelstellen zu einem wirtschaftlichen außerparlamentarischen Massenausschub gegen den bevorstehenden brutalen Unterdrückungsabbau vorbereiten. Beim Unterdrückungsabbau hilft kein Klagen und kein Käufelhalten, da hilft nur die kämpfende Einheitsfront der Antifaschistischen Aktion!

Proteststreiks gegen Naziterror

Halle, 19. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Die Belegschaft der Pflanzerei Betriebe, der Wajag, des Stickstoffwertes und des Gummiwertes Elbe haben einen halbbründigen Proteststreik gegen den Naziterror und gegen das Vorgehen der Sebering-Polizei gegen Arbeiterwertler durchgeführt.

Sozialdemokratische Frauen!

„Wählt Hindenburg, dann sichert ihr die Zukunft eurer Kinder!“ war die Parole eurer Führer. Hitler kommt an die Macht durch Hindenburg! — Kämpft mit den Kommunisten in der Antifaschistischen Aktion!

alter Kamellen, die schon vor Jahren oberösterreichische Kommunisten viel besser und wirksamer vorgetragen haben. Thälmann vollbrachte nicht einmal eine politische Mittelleistung, dabei hätte die Kundgebung etwas Besseres verdient gehabt.

Während der russische Reitergeneral mit erheblichem Stimmenaufwand die Sozialdemokratie genau so beschimpfte wie er dies vor Jahren schon befürchte, und dabei befandete, daß er auch kein Fäustchen neuen Geistes in sich aufgenommen hat, herrschte auf dem Platz eisiges Schweigen. Die Arbeiter empfanden ganz richtig, daß der große Teddy die Arbeiterchaft schändete und wie ein Ochse im Porzellanladen die sogenannte Einheitsfront zertrampelte.

Während der Angriffe Thälmanns auf die Sozialdemokratie, wurde von den anwesenden Mitgliedern der Eisernen Front lebhaft Entrüstung bezeugt. Sie erklärten vielfach, von dem kommunistischen Einheitsrummel gründlich geheißt zu sein.

Auch die sozialdemokratischen Arbeiter, die an dieser Kundgebung teilgenommen haben, werden aus diesem Bericht der SPD-Bresse erfahren, wie gemein die sozialdemokratischen Führer gegen die Front der Antifaschistischen Aktion hehen. Auch die sozialdemokratischen Klassenorganisationen haben dem Führer der Antifaschistischen Aktion zugejubelt, und sehr viele Arbeiter haben neben dem Abzeichen der Eisernen Front das Abzeichen der Antifaschistischen Aktion getragen. Dieser verleumderische Bericht und die Hehe gegen Genossen Thälmann muß gerade dazu angetan sein, die sozialdemokratischen Klassenorganisationen für die rote Einheitsfront zu gewinnen.

Heraus mit der sozialdemokratischen Bresse aus den Arbeiterwohnungen!

Oblauer Proleten kommen nicht vor das Schnellgericht, sondern vor Große Strafkammer

Oblau. Wir meldeten vor einigen Tagen, daß die Oblauer Arbeiter, die anlässlich des bestialischen Naziüberfalles am vorigen Sonntag in Haft genommen wurden, am nächsten Freitag bereits dem Schnellgericht in Brieg zugeführt werden sollten. Inzwischen wird jedoch bekannt, daß dies nicht der Fall sei, da die Große Strafkammer dafür zuständig sei, so daß der Prozeß um einige Tage verschoben wird. Die „Schlesische Zeitung“, die in jeder Form die Nationalsozialisten unterstützt, magt von den Oblauern Arbeitern, die die Opfer des Naziterrors sind, von „Wegelegerern“ usw. zu schreiben. Diese Lausche muß die gesamte Arbeiterchaft veranlassen, dieses Hehblatt der reaktionärsten aller Reaktionen aus dem Hause zu werfen und die „Arbeiter-Zeitung“, das Sprachrohr der werttätigen und kämpfenden Massen, zu lesen und zu verbreiten.

Berichtigung: Die Heberschrift zu dem Bericht über die blutigen Naziviolationen in Altona, der gestern auf der 1. Seite erschien, ist infolgedessen falsch, daß es nicht heißen soll: „12 Tote und 55 Verletzte in Hamburg“, sondern „in Altona“. Wir berichtigen hiermit diesen Sachfehler.

Hast du schon deinen Arbeitskollegen als Abonnenten gewonnen?

Thälmann-Kundgebung im Spiegel der Presse

Nur die SPD-Presse heht und verleumdet die antifaschistischen Arbeiter

Hindenburg, 19. Juli. Die bürgerliche und sozialdemokratische Presse konnte nicht umhin, zu dem Kundgebungsmarsch von 30.000 oberösterreichischen Antifaschisten am Sonntag in Hindenburg Stellung zu nehmen.

Der „Allgemeine Lotaleiniger“ schreibt hierzu folgendes:

„Die oberösterreichische Arbeiterchaft: Hindenburg sah am Sonntag ein gewaltiges Heer von Kommunisten in ihren Mauern. Der Führer der kommunistischen Partei Deutschlands, Thälmann, war nach Hindenburg gekommen, um hier die Waffen der Arbeit und der Not zu schärfen, ihnen das Kampfprogramm der KPD vorzutragen und sie zu einer Massenkonkretion zusammenzutrommeln, in der er ihnen die oberösterreichische Industriemetropole volle 21 Stunden lang — dann in den folgenden Vermittlungsstunden kamen Anhänger der kommunistischen Partei nicht nur aus den verschiedenen Teilen von Ost- und West-Österreich, sondern selbst aus Deutschland, teils als Arbeiter, teils als Reichsbeamten oder Justizbeamten nach Hindenburg. Nachmittags um 12 Uhr sollte Genosse Ernst Thälmann aus Hamburg programmatisch die Rede halten. Naturgemäß legte schon lange vorher der Anmarsch der Massen von den Standquartieren und den Protestaktionen zum Reichseinkauf an. Aus allen Richtungen kamen Tausende mit den roten Fahnen und den Klängen der Sozialdemokratischen Internationale. Die kommunistische Partei Deutschlands hat sich nicht nur an dem Reichseinkauf, sondern auch an dem Reichseinkauf beteiligt. Und dann reichten sie sich Hand an Hand auf dem Reichseinkauf, handerte und tausende, und mit fremden Augen warteten sie auf die Rede, wo ihr großer Führer, der Genosse Thälmann, auf der Schirmplanke erscheinen würde. Die Polizei war in härtester Bereitschaft erschienen und sorgte nicht für Ruhe und Ordnung und für eine behutsame Abwicklung des Vorleses. Da man durch Plakate und Redebänder auch andere Parteimitglieder zu der Kundgebung eingeladen hatte, kamen bei der Rede vom Reichseinkauf bis hinein in die Nebenstraßen zu einer unübersehbaren Menschenmenge. Es waren Schätzungsweise 18—20.000 Menschen, die hier zusammengetrommelt waren, um den Führer der kommunistischen Partei Deutschlands zu sehen und sprechen zu hören oder wenigstens einen Hebersicht zu bekommen über den Demonstrationstag. Zwei riesige Transparente trugen die Rederöhre und kündigten den Marsch der Antifaschistischen Aktion gegen den Reichismus an, für eine soziale und nationale Befreiung, in einem einheitlichen Kampfverhältnis.“

Wäre nach 3 Uhr kam Thälmann, von der Menge lebhaft begrüßt. Ein Hebel von roten Fahnen und Schirmen war um die Tribune angeordnet, in einem Halbkreis hatten sämtliche Plakattafeln Aufstellung genommen. Es war ohne Zweifel ein feierliches Augenbild für viele, als die Internationale erklang, als sich tausende Ränge hochredeten um Genossin Thälmanns einer Partei, die in Deutschland zwar im schlechtesten Sinne nicht, die aber nichtsdestoweniger durch die Massen der Arbeit, der Not und des Elends zu einer Bewegung angewachsen ist, die sich nicht ignorieren läßt.

Im übrigen zeigte die große kommunistische Kundgebung, daß den Reichsparteien eine ungewöhnlich starke Front entgegenzuwachsen beginnt, daß bei der kommenden Reichstagswahl die Bewegung der Nationalsozialisten einen starken Gegenstoß aus dem linken Lager zu erhalten hat.“

Die „Oberösterreichische Volksstimme“ schreibt kurz folgendes: „Die kommunistischen Oberösterreichern veranfaßten am Sonntag in Hindenburg eine internationale Grenzlandkundgebung, an der nach ihrer Angabe 30.000 werktätige Männer und Frauen teilgenommen haben. Hunderte von Arbeitern kamen über die Grenze aus Polnisch-Oberösterreich. Thälmann unterführ den internationalen revolutionären Charakter der antifaschistischen Kundgebung gegen die Bapen- und Pilsudski-Diktatur.“

Die sozialdemokratische Presse „Vollblatt“ und „Hindenburg“

„Tageblatt“ bezeugen die gewaltige Einheitsfrontkundgebung gegen Bapen- und Pilsudski-Diktatur zu einer ganz gemeinen Hehe gegen die KPD und ihren Führer Genossen Ernst Thälmann, und somit gegen alle antifaschistischen Arbeiter, die nicht gewillt sind, sich kampflös von den SA-Orden abschlagen zu lassen. Die SPD-Presse betitelt ihren schmierigen, verleumderischen Bericht mit der Heberschrift: „Thälmanns Entlastungsoffensive für Hitler — Der Reitergeneral attackiert die Einheitsfront — Einiges Schweigen der Arbeiter“ und schreibt unter anderem hierzu folgendes:

„Zum Schaden der deutschen Arbeiterchaft denkt aber die kommunistische Parteiführung nicht an einen solchen Burgfrieden. Sie fest ihre alte Zerwürfungsattitüde gegenüber den sozialistischen Massenorganisationen fort. Wer anders meinte, wurde auf der gestrigen Thälmann-Kundgebung in Hindenburg durch Thälmann eines Schlimmeren belehrt. In halb zweifündigen Ausführungen auf dem Reichseinkauf beschäftigte sich dieser Parteiführer und Kandidat für den Posten des deutschen Reichspräsidenten mehr mit den Sozialdemokraten als mit den Gegnern der deutschen Arbeiterbewegung. Das, was er von einem Manuskript ablas, war eine Aufwärmung

„Wählt Hindenburg, und Freiheit und Sozialismus sind da“

In der SPD-Zeitschrift „Das freie Wort“ wurde im März 1932 erklärt:

„Das Morgenrot der Freiheit leuchtet schon stärker. Aus dem Kapitalismus wird unter schmerzlichen Wehen der Sozialismus geboren. Das ist der Sinn der Reichspräsidentenwahl. Wer ihn begriffen hat, geht hin und wählt auch um unseres Endzieles willen Hindenburg.“

Sebering sagte dasselbe in „Vorwärts“ (vom 11. März 1932):

„Wir wählen Hindenburg, weil wir vom Weg des Terrors und der Not — zum Weg der Freiheit gelangen wollen.“

Hindenburg wurde durch die Hilfe der Sozialdemokratie gewählt. Wo ist die Freiheit? Statt ihrer faschistische die von Hindenburg eingesetzte Schleicher-Papen-Diktatur Deutschland und die Terrorbanden Hitlers mordeten Arbeiter. Wo ist der Sozialismus? Welcher Lohn angefaßt der Hungerdiktatur der von Hindenburg ernannten Schleicher-Papen-Regierung und angefaßt der Zollerhöhungen, der Beschäftigtensteuer und Salzsteuer, der neuen Kürzung der Gewerkschaftenunterstützungen und der Invalidenrenten, angefaßt des Kurzes Schleichers im Bündnis mit Hitler unmittelbar auf die offene faschistische Diktatur.

Sozialdemokratische Arbeiter, seht ihr, wie die SPD-Führung euch betrogen und getäuscht hat, als sie euch das Morgenrot der Freiheit und den Sozialismus versprach, wenn ihr mit Hindenburg geht. Genau so täuscht und betrügt euch die SPD-Führung auch heute, wenn sie Telegramme an Hindenburg schickt, wenn sie euch bei Nazi-Aufmärschen auffordert, die „Straße zu meiden und die Fenster zu schließen“, wenn sie euch von der proletarischen Einheitsfront mit den Kommunisten abhalten will, wenn sie die politischen Proteststreiks gegen Nazimordtaten sabotiert und verunglimpft.

Sozialdemokratische Klassenbrüder und alle anderen Arbeiter, zieht die Lehre. Nicht mit Weis, Sebering und Höltermann zu Hindenburg, Papen und Hitler, sondern mit den Kommunisten und den parteilosen Arbeitern in Einheitsfront gegen Hunger und Faschismus.

Alle Arbeiter bekennen sich am 31. Juli zur einzigen antifaschistischen Partei, zur einzigen Partei der proletarischen Einheitsfront,

zur KPD, zur Liste 3 und führen mit ganzer Kraft vor wie nach den Wahlen den allein entscheidenden außerparlamentarischen Kampf durch die

Antifaschistische Aktion

Mobilgemacht für die Liste 3!

Alle Antifaschisten, rote Agitatoren und Wahlhelfer für die einzige antifaschistische Partei, die KPD!

PROLETARISCHES FEUILLETON

Deutsche Männer sollen drehen . . .

Nationalsozialistische Filmpolitik — Hugenberg besorgt ihre Geschäfte

Der deutsche Ausländer

„Es ist ein Skandal, der zum Himmel schreit, daß bei der Ufa deutsche Künstler und Musiker keine Möglichkeit haben, beschäftigt zu werden, aber es wimmelt von Ausländern wie Uccia, Geron, Liebmann . . .“ So zu lesen in einer neuen nationalsozialistischen Filmzeitschrift, „Der Deutsche Film“ (Redaktion und Verlag: Hedemannstr. 10), Nr. 1, vom 15. Mai.

„Der Angriff“ (Redaktion und Verlag: Hedemannstr. 10) Nr. 133, vom 1. Juli schreibt: „Uccia ist einer der wenigen deutschen Regisseure. Wir erinnern an den Unsterblichen Lump, an das Flötenspieler von Sanssouci und an . . .“

Die jüdische Ufa

In jeder bisher erschienenen Nummer des erwähnten Nazi-Filmblättchens wird der Ufa heftig vorgeworfen, sie sei keine „nationale Firma“, weil sie viele Juden und Ausländer beschäftigt. Dieser Vorwurf wurde auch seinerzeit in einem Sonderheft „Film und Front“ der „Nationalsozialistischen Monatshefte“ mächtig ausgewälzt.

„Der Angriff“ bringt eine ständige Rubrik „Die Kinos spielen heute“. Hier wird ausschließlich der Spielplan der diversen Berliner „Ufapaläste“ angekündigt. In „Der Deutsche Film“ findet man sehr große Annoncen der „Ufa-Handelsgesellschaft“, desgleichen im „Angriff“ Nischenanzeigen neuer Ufafilme.

Film-Autarkie

Unter der Schlagzeile „Was wir wollen — Nationalsozialismus und Film“ brüllt „Der Deutsche Film“ in seiner Eröffnungsnummer: „Der deutsche Film muß wieder deutsch werden! Wir werden dafür sorgen, daß deutsche Männer die Filme für das deutsche Volk drehen . . .“

Die neuen Filmkontingentbestimmungen, die durch Notverordnung von Herrn von Goßler am 1. Juli in Kraft gesetzt worden sind, und die laut Meldung einer gut informierten bürgerlichen Mittagszeitung, über die Forderungen der „Nazi-Filmzelle“ noch hinausgehen, belagen im wesentlichen folgendes:

Alle Filme — mögen sie auch in Deutschland angefertigt sein — deren Produzent nicht deutscher Staatsangehöriger ist, bei denen die Mitwirkenden nicht zu 75 Prozent Deutsche sind, deren Manuskriptverfasser, Regisseure, Komponisten, Produktionsleiter keine Deutschen sind usw., gelten als „ausländisch“. Das bedeutet praktisch, daß für alle Filme, die teilen, mit den nationalsozialistischen „Autarkiebestrebungen“ in vollem Einklang stehenden Paragraphen nicht entsprechen, die sehr hohe Kontingentgebühren, bekanntlich eine Art von „Schutzzoll“, gezahlt werden muß. Ein derartiges Gesetz verstärkt selbstverständlich die Monopolstellung der Ufa.

Hierzu „Der Deutsche Film“ Nr. 3: „ . . . daß die Hans-Organisation . . . beschloffen hat, falls das Kontingent verknüpft wird, alle in Deutschland vertretenen amerikanischen Firmen aufzugeben, . . . und keinerlei geschäftliche Beziehung mit der deutschen Filmindustrie aufrechtzuerhalten. Damit wird ein ungeheurer Schaden der wertvollen deutschen Bevölkerung zugefügt, denn es werden durch diese Maßnahme Tausende von deutschen Angestellten entlassen werden müssen . . .“

Deutsche Eigenart im Film

Das genügt — sagte nicht der Staatsanwalt, denn es gibt im kapitalistischen Deutschland keinen Staatsanwalt, der die Nazis auf Grund unserer kleinen Zitatenammlung des gemeinen Betruges anklagen würde. Wir haben diesen Dokumenten, die sich beliebig vermehren lassen, einen so breiten Raum gegeben, weil damit bereits das Wichtigste über die nationalsozialistische Filmpolitik ausgelegt ist: Bluff, Bluff und nochmals Bluff! Aber mit einer unglücklichen Freiheit geben die Hohlköpfe aus der Hedemannstraße, die vom Film keine blasse Ahnung haben, sogar sogenannte „Nichtlinien“ von sich. Da heißt es z. B. in einem Artikel („Der Deutsche Film“, Nr. 1), den man seiner Überschrift nach — „Deutsche Eigenart im Film. Grundlinien der nationalen Produktion“ — wohl als das Filmprogramm der Nazis betrachten muß:

„Nicht die am Schreibtisch und in zahllosen „Kollektiven“ ausgebrütete Ballung von Ereignissen, nicht die sensationelle Zuspitzung irgendwelcher intellektuellen Maschinen wird anzustreben sein, sondern dafür die Bewertung natürlichen Empfindens, das sich bereits rein instinktmäßig vom kalten, mechanisierten Intellektualismus unterscheidet. Anders formuliert: Der Materialismus der Filmgeschichte wird abgelöst werden von der Volksseele.“ (?) Fremdwörter sind bekanntlich Glücksjache!

Gegen den Fortschritt

Ein wenig deutlicher wird aus demselben Artikel, wie die Nazis sich den „deutschen Film“ künstlerisch-technisch vorstellen: Sie erklären, der Tonfilm habe „verständliches Theater“ zu sein, sein Hauptmittel wäre nicht das „Filmische“, sondern der Dialog. — Das ist hundertprozentig reaktionär. Nicht nur wir, sondern auch die einigermaßen fortschrittlichen bürgerlichen Kritiker haben immer wieder festgestellt, daß der gegenwärtige Tonfilm künstlerisch noch unentwickelt ist, weil er keine Möglichkeiten ganz wenig ausnützt und das Theater lediglich mechanisch reproduziert (wiederholt). Die Nazis aber wollen gar keine Fortwärtsentwicklung — sie sind Feinde des künstlerischen Fortschritts.

Sonst enthält das „Programm“ außer antisemitischen Phrasen

und den schon gekennzeichneten „Autarkie-Forderungen“ nichts Kennenswertes.

263 Meter Führerideologie

Was nun die eigene Nazi-Filmproduktion anbetrifft, so besteht sie bisher nur aus einem wochenstuartigen Kurztonfilm, namens „Voll und Führer“ (263 Meter lang), der Hitler und Goebbels bei einer Rede im Berliner Lustgarten zeigt. Ferner gibt es ein paar uralte Aufnahmen (stumm) von marschierenden SA-Leuten. In Vorbereitung sind neuerdings Tonaufnahmen (je 10 bis 20 Minuten) von Reden nationalsozialistischer Parteigrößen. Um diese Bagatellen wird ein Klamauf gemacht, als handle es sich um sechs „Panzerkreuzer Potemkin“.

Warum die Nazis noch nicht mehr produziert haben: „Wir . . . haben durchaus kein Interesse daran, nun auch noch unter der Hand die jüdischen Elektrokonzerne durch die Herstellung von Partei-Tonfilmen zu unterstützen.“ („Der Deutsche Film“, Nr. 1.) Das nennt man Kampf gegen den Kapitalismus! Heil!

Uebrigens: Wozu soll denn die NSDAP offizielle Parteifilme drehen? Die Ufa besorgt die Filmpropaganda für den Faschismus viel besser und raffinierter, als es die Dilletanten aus der Hedemannstraße könnten. Wir erinnern nur an „Voll“, dessen geschickte getarnte, absolut nationalfaschistische Tendenz wir seinerzeit aufdeckten, oder an das „Flötenspieler“ und ähnliche Erzeugnisse des „Preußenkastells“. Als am 2. November in Berlin mit viel Getöse die „Nationalsozialistische Filmbühne“ gegründet wurde, von der man inzwischen nichts mehr gehört hat, wurde der Ufa-Film „Die letzte Kompanie“ aufgeführt, und Herr Goebbels äußerte in seiner Einleitungsrede, daß die Nazis mit diesem Film einverstanden sein könnten, wenn nicht ein paar Juden daran mitgewirkt hätten. In der Tat: sie können einverstanden sein, und die Scheinopposition wegen der Juden ist nur für die Dummen. So betreibt die von den braunen Maulaufreißern angeblich bekämpfte Monopol-Industrie ganz vorzüglich deren Geschäfte.

Mehr Erwerbslose — das ist Kultur

Mit ihren „wirtschaftlichen Forderungen“ für die Filmkünstler und Filmtechniker haben sich die Nazis bereits mächtig in die Kassen gefügt, denn sie gipfeln in der Parole: „Juden und Ausländer raus!“ Nun haben die Nazis das neue „Film-Autarkie-Gesetz“ und ihre eigene Zeitschrift muß zugeben, daß es den Werttätigen der Filmbranche nur verhängte Arbeitslosigkeit bringt, weil sich das ausländische Kapital die Einschränkung seiner Bewegungsfreiheit in Deutschland natürlich nicht ohne Repressalien gefallen läßt. So werden, um nur eine Zahl zu nennen, die 2000 im Ausland tätigen deutschen Schauspieler sehr bald zurückkehren, während, wenn die deutsche Filmindustrie wirklich alle Ausländer entläßt, nur 1500 Stellen freigegeben werden können. Eine der segensreichen Wirkungen des neuen Gesetzes, das, laut ministerieller Erklärung, dem „Schutz der deutschen Kultur“ dient,

muß also die sein, daß es in Deutschland 500 erwerbslose Darsteller mehr gibt als zuvor. Weitere Ausführungen über den „Kampf“ der Nazis für die „Interessen der Filmschaffenden“ erübrigen sich wohl hiernach. Höchstens kann man noch erzählen, daß es ihnen gelungen ist, bei der Ufa die Heranziehung der SA als Komparterie zu erreichen, während bisher hauptsächlich die Formationen des „Stahlhelm“ beschäftigt wurden.

Das heute so oft zitierte Kontingentgesetz enthält noch einen schönen Paragraphen, der besonders hervorzuheben ist: Filme solcher ausländischen Firmen, die Bildstreifen mit einer dem „deutschen Ansehen abträglichen Tendenz“ produzieren oder die in einem Lande beheimatet sind, das die Einfuhr deutscher Filme „unter erschwerenden Bedingungen“ stellt, sollen überhaupt nicht mehr eingeschmuggelt werden können. Dieser Passus richtet sich ganz eindeutig gegen die Sowjetunion, denn der proletarische Staat „stellt die Einfuhr deutscher Filme unter erschwerenden Bedingungen“, d. h. er läßt natürlich den nationalsozialistischen deutschen Dred nicht ins Land.

Die Nazi-Kinos von Berlin

Mit besonderem Eifer stürzen sich die Nazis auf die Kinos, und da sie ja eine Unternehmerpartei sind, ist es sicher richtig, daß sie sich diesen Kreisen vor allem zuwenden. Dort haben sie auch den einzigen „großen Erfolg“ ihrer Filmpolitik zu verbuchen: vor einigen Tagen ist es der berüchtigten „Nazi-Filmzelle“ gelungen, den Verband der Lichtspieltheaterbesitzer Berlin-Brandenburg e. V. zu spalten. Von den etwa 260 Mitgliedern sind 51 unter der nationalsozialistischen Führung der Herren Raether und Siegfried mit großem Krach ausgeschieden und haben eine eigene Organisation gegründet. Die Nazis fördern diese Lichtspieltheaterbesitzer, die zumeist kleinere Kinos in den proletarischen Wohnbezirken betreiben, doch sind sie wie üblich gegen das Monopolkapital, das „jüdische“ Finanzkapital und für den Mittelstand zu kämpfen vorgaben. Für uns hat die Spaltung den Vorzug, daß wir nun endlich genau wissen, welche Kinos in Berlin vorwiegend faschistische Propaganda auf die Werkstätten loslassen wollen. Die „Welt am Abend“ hat die Namen einiger Theater mitgeteilt und seine proletarische Zeitung sollte verfämen, sie ihren Lesern einzuprägen:

- Apollo-Lichtspiele, Osten. — Merkur-Lichtspiele, Nordosten. — Marabu-Lichtspiele, Neufölln. — Südwest-Lichtspiele, Südwesten. — Welt-Kino, Moabit. — Relle-Alliance-Lichtspiele, Südwesten. — Theater am Morikplatz, Südwesten. — Korso-Lichtspiele, Neutempelhof. — Wiener Lichtspiele, Südosten. — W. B. T., Südosten. — Delphi-Lichtspiele, Weissenhof. — Palast-Lichtspiele, Steglitz. — Rheinischloß, Friedenau. — Kronen-Lichtspiele, Friedenau. — Helios-Lichtspiele, Südwesten. — Palast-Lichtspiele, Lichterfelde. — Prielow-Lichtspiele, Münzstraße.

Die Berliner Arbeiterbevölkerung kann nur eine Konsequenz aus der nazifreundlichen Stellungnahme dieser Theaterbesitzer ziehen . . . Dann werden die Herren schon merken, welchen „Nutzen“ ihnen die nationalsozialistische Filmpolitik gebracht hat!

Schlussbemerkung: War erwidert die wortreiche Zeitschrift „Der Deutsche Film“ auf diese sachlichen Feststellungen? Heinz Lueddke.

SA.-Manns Leben

Der ruhende Pol im buntbewegten Leben des SA.-Mannes ist das Sturmlokal. Es ist Sammelpunkt und Aufenthaltsort der Sturmabteilung und für Mitglieder, die keine eigene Wohnung haben, zugleich Kaserne. Während des „Verbotes“ waren die obdachlosen SA-Leute zu mehreren in gemieteten Einzelzimmern untergebracht. Doch auch während dieser Zeit blieb die militärische Gliederung bestehen. Jede Wohngemeinschaft glich aufs Haar der Kaserne, „Kube“ mit einem „Stubenältesten“, der das Kommando führte.

Das Sturmlokal ist gewöhnlich eine Kneipe, deren Wirt von der SA-Führung eine bestimmte, tägliche Garantiesumme erhält. Der einzelne SA.-Mann hat also täglich für einen bestimmten Betrag, der einen Teil seiner täglichen Löhnung ausmacht. Bier, Zigaretten und dergl. bei dem Sturmwirt zu entnehmen. Da die Wirte in vielen Fällen auch die Gesamtbefolgung des Sturmes übernehmen, ist die Beherbergung eines Sturmes im allgemeinen kein schlechtes Geschäft.

Militärisches „Reden“ leitet das Tagewerk ein. Nachdem der SA.-Mann aus dem „Doppeldeser“ gelleitert ist und seine Toilette beendet hat, wird im SA.-Lokal bei einer Art Appell die Diensteinteilung vorgenommen. Der „Dienst“ ist mannigfacher Art. Wer keine Sonderaufträge in Form bestimmter Ueberfälle und dergleichen auszuführen hat, wird mit Flugblattverteilung, Wachdienst und dem sogenannten „S“-Dienst beschäftigt, der besonders dem Raube von Abzeichen politisch und denkbar gewidmet ist. Ferner werden Kurse besucht und Instruktionsstunden abgehalten. Endlich sind beständig einige Leute des Sturmes im „Kurierdienst“ tätig, der nicht nur den Nachrichten- und Befehlsverkehr bei den übergeordneten Kommandostellen, sondern vor allem auch eine ständige Verbindung unter den benachbarten Sturmlokalen zum Gegenstande hat. Diese Verbindung dient natürlich lediglich zur Sicherung gegen unliebsame Ueber-treibungen von außen her! Die für den Kurierdienst erforderlichen Motorräder und Autos werden von wohlhabenden Parteigenossen zur Verfügung gestellt.

Ein beliebiger Abend in einem Berliner Sturmlokal in beliebiger Gegend. „Des Dienstes ewig gleichgestellte Uhr“ ist abgelautet. Eine größere Aktion ist für die kommende Nacht nicht geplant, und SA.-Mann Krause sitzt mit zwei Kameraden seiner „Schar“ (Korporalschaft) der seines „Trupps“ (Zuges) beim Stat. Pflöckch kommt einer der Außenposten herein: „Achtung, Besuch!“ Hier und da sind einige an den Tischen eingeklappt. Sie werden wachgerüttelt, alles steht in Positur. Was ist das für ein Besuch, der da plötzlich im Auto vor-gelassen kommt? Eine Kontrolle vom „Sturmbann“ (Bataillon) oder gar von der „Standarte“ (Regiment)? Auch das kommt vor, doch weit häufiger handelt es sich um einen edlen „Spender“. Diese Spender sind reiche Fabrikbesitzer und Kaufleute der Um-gegend, sonstige prominente Pgs und bisweilen auch Nazi-abgeordnete, die alleamt ihren Tribut an die SA in Form von ein paar Lagen Bier und Schnaps abtragen. Der Mollendienst beginnt. Die Lager der Qualm der zahlreich gependeten Zigaretten über dem Lokal, aus rauen Kehlen tönt das Landsknecht-lied vom „Revolverschuß und Wädchentur“.

Manchmal wechselt ein „Spender“ den anderen ab. Bis in die Nacht hinein werden die Lagen mit gönnerhafter Handbewegung gependelt und mit hadenklappernder Devotion getrunken. Die „Herren Pgs.“ wissen, an welcher schwächsten Stelle sie ihre SA anzupacken haben!

Und hier sind wir bei dem Hauptziehungspunkt der dunklen Elemente in der SA angelangt: bei der Gratismolle in jeder Form — sie kann auch in Geldgeschenken, abgelegten Schuhen, Gelegenheitsarbeit usw. bestehen. Sie ist auch für viele ehrliche überzeugte SA-Leute das Markotikum, das sie hindert, über ihre schändlichen Klassenverrat nachzudenken.

Aber auf die Dauer werden Freibier und Schnaps nicht verhindern können, daß gerade der überzeugte SA-Prolet die betrügerische Doppelrolle seiner „Führer“ erkennt. Dann wehe ihnen! . . .

bernd.

„Kehraus-Wahl“

Der „Illustrierte Beobachter“ der Nazis ist ein „feines“ Blatt. Da sieht man Wolf in allen Stellungen. Gemein-mörder in Uniform und vor allem einen Inseratenteil, wie er sich für so eine „Arbeiterpartei“ gehört. Mondäne Bäder und noch mondänerer Hotels (Geld spielt keine Rolle) werden da den Pgs empfohlen.

Auch Gedichte gibt es da, und in der Nr. 27 ist in dem Gedicht „Kehraus-Wahl“ etwas Schönes passiert. Der Titel sagt schon, daß es sich um die bevorstehende Wahl am 31. 7. handelt. Schlechte Verse und schlechtes Deutsch ist man nun einmal von diesen raffinierten Teufeln gewöhnt. Aber den letzten Vers wollen wir wörtlich bringen:

Ihr ganz den Todesstoß zu geben,
Ist nunmehr un-re weit're Pflicht.
Soll Deutschland wieder neu aufleben —
Drum wählt! Und haltet so Gericht,
Gerichtstag über die Parteien,
Die Schuld sind an der deutschen Not!
Helft Deutschland aus der Schmach befreien!
Wählt Liste 3. So will es Gott!

Er ist genau so schlecht wie die beiden ersten. Nur drei Worte sind gut und richtig: Wählt Liste 3!

Und wie ein blindes Huhn auch mal ein Korn findet, so hat hier ein Nazi-Dichter eine Parole ausgesprochen, die es zu befolgen gilt. Wenn das auch mit dem Willen des lieben Gottes nichts zu tun hat, so doch viel mit dem Freiheits- und Kampfeswillen des Proletariats. Beherzigt ausnahmsweise die Worte der Nazis!

EIN ITALIENISCHER ARBEITERROMAN

GENOSSE KUPFERBART

Von G. GERMANETTO

Germanetto ist seit seiner Jugend in der italienischen Arbeiterbewegung. Er hat Museoline Entwicklung vom Redakteur des „Avanti!“ zum Führer des Faschismus als einer der ersten Kommen sehen und zeigt den Kampf des italienischen Proletariats vor und während des Faschismus. Die „Erinnerungen“ sind ein gutes Lehrbuch für die deutsche Arbeiterklasse.

DER INTERNATIONALE ROMAN / BAND 6

Kartoniert M. 3.50 In Löhnen M. 5.-

Internationaler Arbeiter-Verlag, Berlin

Entfaltet das Sturmbanner der Antifaschistischen Aktion Gegen Hunger und Elend in Oberschlesien und Schlesien

Arbeitende Männer und Frauen! In tiefster Not fristen die Hunderte von Oberarbeitern und im Waldenburger Revier bei Hungerlöhnen ihr Leben. Die schreckliche Grubenkatastrophe in Neurode hat das Leben von mehr als 100 Hunderten gefordert und den Kindern ihren Ernährer geraubt, der Mutter den Gatten gekohlet. Tausende von hinterbliebenen Witwen und Waisen warten vergeblich auf die Hilfe des kapitalistischen Staates und seiner Unternehmer.

Die Vorkämpfer wurde hier in Oberschlesien festgelegt. 140 000 Erwerbslose gibt es in Oberschlesien. Die grauen Kolonnen der Erwerbslosen rufen der Bourgeoisie in die Ohren: Wir wollen Arbeit, Brot und Freiheit für uns und unsere Kinder. (Bravo.) Ein großer Teil von ihnen bezieht heute nicht einmal mehr Unterstützung. Die armen Bergarbeiter müssen für Hundelöhne in den Schächten arbeiten, sie werden in den Zink-, Blei- und Erzgruben, in der Metallindustrie durch das Unternehmertum mit neuen raffinierten Ausbeutungsmethoden geschunden. Den armen Bauern, den armen Arbeiterleuten, die sich hinter dem Pfluge kaputt schufen, wird die Erde auf dem Balken gepflündet und man plündert ihm die letzte Kuh aus dem Stall. (Weil-Hufe.)

Die ober-schlesischen und schlesischen Landarbeiter, die unter der Fuchtel der Junker stöhnen, bekommen Löhne von 15 bis 20 Pfennig.

Und wir sagen mit vollem Recht als die einzige Partei, die auf Tod und Leben mit den Merkmalen der Armen verbunden ist, daß Oberschlesien jener Teil Deutschlands ist, wo die Schlinge des Versaillesystems nicht nur die Arbeiter, die Proletarier ergreift, sondern tief hinabgeht in die häßlichen Mittelschichten, in das Kleinbürgertum.

Ein solch zusammengeballtes Elend, wie hier in Oberschlesien, findet man selten an einer Stelle in Deutschland.

In Hindenburg selbst stehen 500 Wohnungen leer, aber der sozialdemokratische Oberbürgermeister Franz läßt Baracken bauen und massenweise hungernde Proleten aus den Wohnungen exmittieren.

Roter Massenelbstich vor die Front

gegen den blutigen Faschismus in Deutschland!

Wir wären nicht wert, den Namen Proletarier und Antifaschisten zu tragen, würden wir das Gemisch der vertierten Hitlerbanden weiser dulden! Ein Hundstot wäre der Antifaschist, ein Trottel wäre die Arbeitergruppe, die sich von den braunen Mörderbanden widerstandslos zu Boden schlagen läßt.

Wir rufen heute unsere Werke- und Kampftruppe und rufen allen Arbeitern zu: Her zu uns! Hier in unserer Front, in der Antifaschistischen Aktion, hier ist dein Platz! Wir sehen auf kein Mitgesteuerbuch, auf keine Antragsnadel, wenn ihr euch in unsere Antifaschistische Aktion einreicht. Ihr sollt nur eines mitbringen: den mutigen und unverbrüchlichen Kampfeswillen, die bedingungslose Bereitschaft, den Faschismus zurückzuschlagen, die unmittelbare Aufrichtung der faschistischen Diktatur in Deutschland mit eurer Massenkraft zu verhindern! Ihr sollt mit den Millionen Antifaschisten in Deutschland verhindern, daß aus Deutschland ein zweites Italien wird.

Tausende von antifaschistischen Kampfgruppen haben in ganz Deutschland bereits die Waffen der Antifaschistischen Aktion geschmiedet. Tausende von SPD-Delegierten und Hunderte von Reichsbannerkameraden haben auf allen diesen Konferenzen mit uns die Fäden geknüpft und das Geleit abgelegt, diese Arbeiterkolonnen nicht nur zur Verteidigung, sondern auch zur Offensive, zum Angriff gegen den Faschismus in Bewegung zu setzen. Überall formieren sich unsere roten Kampfschwärme. Überall verdrängen sich sozialdemokratische, christliche, bürgerliche und kommunistische Arbeiter gegen den Willen der SPD-, der christlichen und U.G.W.-Führer.

Verstehen sich schon die proletarischen Selbstschützer einen Überfall auf das Gewerkschaftsbüro in Halle abzuschießen und verdrängen die kolonialistischen Produktionsstätten mit blutigen Händen beimgehoht.

Die Antifaschistische Aktion ist zum Sammelberken aller Arbeiter, Angestellten, Beamten und werktätigen Bauern und Mittelständler geworden.

Genosse Thälmann führt in diesem Zusammenhang ein Beispiel aus Thüringen an, wo sich schon berittene Bauernschaften der Antifaschistischen Aktion gebildet haben.

Nachdem, nachts und zur Tat aufstehend, umfaßt die Bewegung der Antifaschistischen Aktion in ganz Deutschland all diejenigen Werktätigen, die nicht wollen, daß aus Deutschland ein Land des Schandens, ein Land des Kerlers, ein Land des blutigen Arbeitermordes wird.

Woran es jetzt ankommt, ist, diese Front zu verbreitern, zu vertiefen! In den Betrieben und an den Stempelstellen gilt es, die Front des Angriffes gegen die faschistischen Lohn- und Unterstützungsräuber in Reich zu legen. Es gilt,

Streiks zu organisieren

und die Waje des politischen Massenstreiks und Generalstreiks zu schärfen. Es gilt, die Ermittlungen zu verhindern, die jungen Arbeitsdienstpflichtigen zu revolutionieren und auch die Millionenmassen der Frauen und Arbeitermädels in unsere folge antifaschistische Front einzurücken. Ein gewaltiges Hindernis stellt sich uns wie bei allen proletarischen Kampfaktionen in dem Weg: die sozialdemokratische und die Reichsbannerführung. Das ober-schlesische Reichsbanner hat ein

Das ist die Haltung, die auch die Deutschnationalen, Nationalsozialisten, Zentrum und Sozialdemokraten, die auch jahrelang in nationalfaschistische Verheugung hineinzupfeifen versuchten, gegeben haben.

Nach schlimmer entfaltet in Polen der polnische Faschismus und Kapitalismus sein ausbeuterisches Regiment gegen alle Werktätigen im Lande. Die SPD. und Antifaschistische Aktion hat auch heute zusammengerufen, um einen leidenschaftlichen Kampfeschwur gegen das volsbedrückende Papen-Kabinett, gegen den mordenden Hitler-Faschismus und gegen die Dolchstoß-Politik der SPD-Führer abzulegen.

Der blutige Aufmarsch der mordenden braunen Notverordnungs-jaden neht in allen Städten und Dörfern Deutschlands die Straßen mit rotem Arbeiterblut. Täglich werden unsere Genossen, werden Reichsbanner und christliche Kameraden gemordet. Mit riesiger Grausamkeit werden unsere tapferen Antifaschisten dahingestreckt.

Genosse Thälmann führt dann die Beispiele von dahingemordeten Antifaschisten aus Schleswig-Holstein, Hamburg, Wittmarschen und das Berliner Beispiel der angeschossenen 20-jährigen Antifaschistin an, und fährt dann fort:

Ihr selbst habt vor wenigen Tagen in Schlesien mit geballten Fäusten, in Unabensfel, den von den faschistischen Meuchelmördern niedergestreckten Genossen Hentschel zu Grabe getragen.

Hier in Schlesien ereignete sich ein blutiger Straßenkampf, der in ganz Deutschland das größte Aufsehen erregte: In Ohlau wurde die Reichswehr zur Unterstützung der Faschisten gegen Reichsbannerarbeiter und Kommunisten eingesetzt und wurde ein Reichsbannerkamerad niedergeschossen.

Dieses Ereignis hat tausenden sozialdemokratischen Massen-genossen die Augen geöffnet, wo die Reichswehr — der die SPD. jeden Stot bewilligte — steht: wie schon im Jahre 1923, heute noch mehr: im Lager des Faschismus.

Wir gedenken heute auch mit Zorn und Ingrimm, mit flammender Empörung des faschistischen Meuchelmordes an unserem Genossen, dem Landarbeiter Passy, den das Salenkreuzgesindel vor den Augen seiner Frau und seiner Kinder zu Tode prügelte. Wir gedenken heute aller antifaschistischen Kämpfer, die für euch, für die Arbeiterklasse gefallen sind, und setzen unsere roten Fahnen zu Ehren dieser Gemeindefesten.

Ihr habt die roten Fahnen gesenkt zum Andenken dieser revolutionären Kämpfer. Jetzt erheben wir mutig und kühn das Sturmbanner der Antifaschistischen Aktion. Wir erheben heute zum heiligen antifaschistischen Schwur unsere Fäuste und geloben:

Wid hierher und nicht weiter! Schlag mit dem Meuchelmord!

Rundschreiben erlassen, in dem es behauptet, die SPD. organisiere systematisch Überfälle auf Nazis und hole dann die Reichsbannerkameraden zu Hilfe, um so Nord und Todschlag zu organisieren! Das sagen diese Herrschaften heute, wo jeder weiß, wie diese Nordbanden in ganz Deutschland versuchen, ihre faschistische Macht blutig zu erichten!

Wir drangern heute diese bodenlose Gemeinheit, dieses schamlose Verbrechen vor dem gesamten ober-schlesischen Proletariat an. Wir sagen: Wer so spricht, hilft den Nazis, hilft den Papenischen Notverordnungs-diktatoren; wer so spricht, hilft dem Faschismus und unternimmt den niederträchtigen Versuch, das nationalsozialistische Mörderpack von seiner Blutschuld reinzuwaschen.

Vor wenigen Tagen hat das Wuppertaler Proletariat der ober-schlesischen und der deutschen Arbeiterchaft ein glänzendes Beispiel gegeben, wie die Einigung aller Antifaschisten über die Köpfe der SPD- und reformistischen Gewerkschaftsführer hinweg erfolgen muß: Nach der gigantischen Kundgebung von 70 000 Antifaschisten siehe der Mordhauer Goebbels einen Nazi-Propagandemarsch durch das Wuppertal an. Er wollte durch die Arbeitertragen marschieren und die Proleten niederschlagen. Die SPD- und Reichsbannerführung rief auf, zu Hause zu bleiben und sich um die Nazis nicht zu kümmern. Die Eisernen-Front-Soldaten und Freigewerkschaftler aber meuterten und folgten dem Ruf der Antifaschistischen Aktion.

Von den frühen Morgenstunden an wälzten sich gewaltige Proletariermassen in den Straßen des Wuppertals. Alle Arbeiterviertel waren mobil gemacht. Immer wieder erschall der antifaschistische Kampftruf:

„Goebbels darf nicht marschieren!“

Und so wurde gehandelt; die Mördertruf mußte unter diesem Massenbrud den Marsch durch Wuppertal ablegen, die Hitlerbanden konnten nicht demonstrieren und mußten sich selge auf Cabautos und auf Umwegen in das Stadion flüchten, wo hart der angefangenen 20 000 ganze 5000 bis 6000 braune Notverordnungs-jaden und Salzfenerkoldaten sich ein Stellchen gaben. Und Herr Goebbels hat entsezt nach dem Innenminister von Goyl geschrien, er möge im Wupper-

Vier Antifaschisten in Altona erschossen

Die Zahl der Toten auf 14 gestiegen!

Altona, 19. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Die Zahl der Toten ist auf 14 gestiegen. Unter den Toten befinden sich vier Antifaschisten, darunter ein SPD-Arbeiter, zwei Nazis und acht Unbeteiligte, die meist in ihrer Wohnung durch Polizeifugeln erschossen wurden. Diese Tatsache zeigt, daß die Polizei blindlings darauf losfeuerete, gegenüber den unerhörten Erklärungen des SPD-Polizeipräsidenten Eggerhädt, daß es sich um „einen wohlvorbereiteten Überfall der Antifaschistischen Aktion auf die Nazis gehandelt habe“, ist festzustellen, daß die Nazis absichtlich durch die antifaschistischen Arbeiterviertel zogen, um eine Strafexpedition durchzuführen, und daß die ersten Schüsse von SS-Leuten aus dem Zuge auf die Arbeiter abgegeben wurden. Der Abend-„Vorwärts“ vom 18. Juli muß selbst zugeben: „In offensichtlich provozierender Absicht zog die SA durch die Altonaer Viertel Altonas... hier fielen plötzlich Schüsse aus dem Zuge, die den Aufstand zu einer allgemeinen Schlägerei gaben.“ Der

tal zupoden, weil er die einheitliche geschlossene Massenfront des Proletariats mit eigenen Augen erlebt hatte.

Wenn wir Stellung nehmen zur jetzigen Lage in Deutschland, wenn wir Neues passieren lassen, die

14 Jahre kapitalistische Republik,

damit ist ganz klar, daß wir nicht verkennen dürfen, jenen Lebensweg, den 11 Jahre lang die Arbeiterklasse in dieser Republik über sich ergehen lassen mußte. Heute stellt die Sozialdemokratie die Lösung auf: Zurück zur zweiten Republik, Restauration des Weimarer Systems. Was bedeutet das? Zurück zum Weimarer System, das bedeutet praktisch abermals 14 Jahre Lebensweg von 1918, von Ebert-Scheide-mann bis zur heutigen reaktionären Papen-Regierung. Wir Kommunisten sagen nicht Restauration des Weimarer Systems, wir sagen: es gilt praktische Konsequenzen aus der Entwicklung zu ziehen, für das revolutionäre Handeln gegen das gesamte kapitalistische System, für eine freie sozialistische Republik! (Bravo, Beifall.)

Die SPD. verlangt von der SPD. die Einstellung der Kritik an den SPD-Führern und kleidet das in die demagogischen Worte: Einstellung der Beschimpfungen der SPD-Führer. Und das Ganze nennt sie dann „Einheitsfront“. Wir Kommunisten dürfen nicht schweigen. Wir Kommunisten sagen: Wer den Massen die Wahrheit nicht sagt, wer darauf verzichtet, Klarheit zu schaffen, der wird niemals die Aufgabe erfüllen, die Arbeiterklasse aus den Fesseln der kapitalistischen Sklaverei endgültig zu befreien.

Wir können nicht schweigen, wenn die sozialdemokratischen Führer in Deutschland unsere Zeitungen verbieten! Wir können nicht schweigen, wenn der sozialdemokratische Innenminister Preußens den kleinen Leuten die Miete erhöht! Wir können nicht schweigen über die Notverordnungs-politik, die euren Kindern das letzte Stück Brot raubt! Wir können nicht schweigen, wenn die SPD. ihr „Retlungsprogramm“ für den sogenannten „Umbau der Wirtschaft“ ausstellt, um dadurch abermals das Proletariat zu betrügen! Wir können nicht schweigen, wenn die sozialdemokratische Preußenfraktion, einen Antrag der Kommunisten, das Verbot des „Vorwärts“, des Zentralorgans der SPD. aufzuheben mit der Begründung ablehnt, er sei „ungefährlich“!

Ich sage von dieser Stelle: die Papen-Regierung wäre nicht in Deutschland, wenn nicht die sozialdemokratischen Führer dem Faschismus den Weg geebnet hätten. Die Papen-Regierung wäre nicht in Deutschland, wenn nicht in den letzten 2 Jahren durch die Tolerierung der Brüning-Regierung Millionen Menschen entwaesnet und vom Kampfe gegen das Unternehmertum und gegen die Durchführung der faschistischen Herrschaft vom Kampfe abgehalten worden wären.

Ohne die große Bedeutung des 31. Juli zu unterschätzen, bekämpfen wir dennoch jene SPD-Ideologie, die unter den Arbeitern die Meinung verbreitet, durch den Stimmzettel am 31. Juli würde die Schlacht gegen den Faschismus entschieden. Wir Kommunisten sagen: Nicht erst am 31. Juli, sondern heute bereits, täglich und stündlich und erst recht nach dem 31. Juli gilt es, im außerparlamentarischen Massenkampf den Faschismus zu schlagen. Jetzt reden alle bürgerlichen Parteien und die SPD. wieder davon, daß am 31. Juli die Schicksalsstunde schlagen wird. Was heißt das, wenn man so zu den Arbeitern spricht? Haben wir nicht eine Lücke hinter uns, wo die Millionen sozialdemokratischer Arbeiter besorgen und betrogen wurden durch ihre eigenen Führer. Sagte man nicht beim ersten und zweiten Wahlgang der Reichspräsidentenwahl: „Wer Hindenburg wählt, kämpft gegen den Faschismus.“ „Die Wahl Hindenburgs bedeutet, den Faschismus zu verhindern.“ Sagte man nicht am 24. April, daß mit der Wahl der Sozialdemokratie der Sieg über den Faschismus sich vollziehen wird? Ich sage zu euch, ihr Klassenbrüder aus dem sozialdemokratischen Lager: Die Politik der sozialdemokratischen Führer habt ihr in den letzten Wochen und Monaten an eigenen Leibe gespürt? Ihr habt gesehen, euer Hindenburg, nach dem diese Stadt hier benannt ist, er hat die SA. legalisiert und marschieren lassen. Euer Hindenburg hat, ohne den Reichstag zu fragen, die jetzige reaktionäre Papen-Regierung in Deutschland eingesetzt. Euer Hindenburg unterstützte die neuen Notverordnungen, die den Kriegskämpfern, den Witwen und Waisen, den alten Rentnern 5, 6 und 7 Mark von ihrer ohnehin schon lärglichen Unterstützung genommen haben. Diese wenigen Wochen, die seit dem 24. April hinter uns liegen, sie haben allen Arbeitern bittere Erfahrungen gebracht.

Und alle Arbeiter müssen erkennen: wenn sie wirklich die Antifaschistische Aktion unterstützen wollen, dann können sie nur ihre Stimme der Partei geben, die auf Tod und Leben mit den Unterdrückten verbunden ist und die im Feuer des Kampfes gegen die Bourgeoisie und ihre Handlanger in Deutschland und in der ganzen Welt steht: der kommunistischen Partei. (Bravo, großer Beifall.)



Breslau und Umgebung

Breslau, 19. Juli.

Täglich neue Naziüberfälle

Kein Tag vergeht, wo nicht die Nazis neue Überfälle auf politisch Andersdenkende vornehmen. So hat in der Nacht vom Montag zum Dienstag ein Überfall vor dem Lokal zum „Friedberg“ in der Kaiser-Wilhelm-Straße stattgefunden. In dem Augenblick, als drei Leute mit dem Eisernen-Front-Abzeichen die Treppe hinaufgehen wollten, stürzten plötzlich fünf bis sechs als Gäste anwesende Nazis in SS-Uniform auf die drei Eisernen-Frontler zu und versuchten ihnen, unter Rufen wie „Juda verrede“, die Abzeichen abzureißen. Als auf den Lärm hin das Personal herbeieilte, um den Streit zu schlichten, gelang es den Eisernen-Frontlern, im allgemeinen Tumult zu verschwinden. Jedoch die Wurdmut der Nazis richtete sich nun jetzt gegen das Personal. Alles erreichbare Geschirr wurde von den Nazis als Wirtsgeschoss benutzt.

Die eintreffende Polizei verhaftete drei SS-Leute, welche noch vom Polizeiauto aus Morddrohungen gegen die Angegriffenen schleuderten. Auch wurde an der Erde ein weggeworfener Revolver gefunden.

Ein weiterer Überfall ereignete sich heute morgen in der 2. Stunde. Acht Nazibanditen holten einen Arbeiter aus einer Wirtshaus in der Nähe des Mathiasplatzes heraus und schlugen ihn nieder. Die hinzukommende Polizei verzichtete auf jegliche Ermittlung der Täter an Ort und Stelle, und schleifte den durch eine Kopfwunde verletzten Arbeiter zur Wache.

Diese täglichen Überfälle auf die Arbeiter müssen durch den roten Massenselbstschutz abgewehrt werden. Je länger die Arbeiterschaft mit der Stärkung des roten Massenselbstschutzes wartet, um so mehr Opfer wird sie bringen müssen. Schmeißt deshalb die rote Einheitsfront im Betrieb, an der Stempelstelle und in den Wohngebieten zur Abwehr des Faschistenterrors und der Notverordnungs-diktatur.

Das Braune Haus in der Großen Dreifindengasse wurde am Sonntag vormittag durch den Fremdenführer Heines der SA und SS übergeben. Die Arbeiter, ohne Unterschied ihrer Parteizugehörigkeit, hatten es sich nicht nehmen lassen, auf die Straße zu gehen und den Nazis ihr „Rot Front!“ entgegenzurufen. Auch hierbei wurden mehrere Jugendgenossen mit der Pistole bedroht.

Die Arbeiter des Odeors werden dafür sorgen, daß die braune Mordpest sich im Odeor nicht einnistet. Sie werden durch Stärkung des roten Massenselbstschutzes die Straßen von dem Faschistengefindelein säubern.

Heute, Dienstag, 19,30 Uhr, findet bei Arndt, Malergasse, eine Oblentefigung der Breslauer Fürsorgearbeiter statt.

Im Zeichen der Antifaschistischen Aktion

Die vorbildliche Arbeit des Stadtteils Zentrum macht Schule

Steigert die Agitation und Propaganda für die Liste 3! — Rote Fahnen mit revolutionären Losungen heraus!

Breslau. Reges Leben herrschte besonders im Parteihaus Nord, während der antifaschistischen Kampfwoche. Hier waren die Genossen dabei, Plakate, Transparente, Fähnchen mit Losungen für den Wahlkampf zurecht zu machen. So ging es manchen Tag bis in die Nacht hinein.

Sonnabends Straßenverkauf von Literatur und Zeitungen vor sämtlichen Betrieben. Bis nach Kaufern führen die Genossen. Die Arbeit zeigte einen sehr erfreulichen Erfolg. Am Sonntag früh zur Landpropaganda, verließen die ersten Genossen bereits um 6 Uhr, in der Richtung nach Trebnitz die Stadt. Zu Fuß und mit Rädern, ausgerüstet mit dem nötigen Material, ging es hinaus aufs Land, um mit den Landarbeitern und mit den Kleinbauern über die politischen und wirtschaftlichen Fragen zu diskutieren. Die Erfolge dieser Tage haben die Genossen im Stadtteil Nord in ihrer rührigen Agitation und Propaganda gestärkt.

Jetzt beginnt das Ringen um die Spitze. Die Genossen des Stadtteil Nord haben

in zwei Tagen für 67 Mark Literatur und 265 Zeitungen verkauft

und sofort abgerechnet. Die Genossen bringen zum Ausdruck, daß sie gewillt sind, alle Kräfte anzuspannen, um die Spitze unter allen Umständen zu erreichen und zu halten. Noch haben sich nicht alle Genossen und Mitglieder der Massenorganisationen an der Agitation und Propaganda beteiligt. Die nächsten Tage sind Großkampftage für den Bezirk Nord. Stadtteil Nord will Zentrum die Spitze streitig machen und wird deshalb die Wahlagitation und Propaganda vor den Betrieben, Stempelstellen und in den Wohngebieten in den nächsten Tagen ungeheuer verstärken. Mit Recht fragen aber auch die Genossen: Wo bleiben die anderen Stadtteile,

wo bleiben die roten Fahnen? Besonders in Scheitnis und Ost ist es noch ziemlich still.

Der Stadtteil Süd reißt sich am Klemm

und verkauft laufend 280 „Arbeiter-Zeitungen“, wegen Scheitnis, die vor wenigen Tagen einen guten Zeitungsvertrieb hatten, zurzeit wenig von sich hören lassen. Auch West wird tüchtig anziehen müssen.

Die kleinen Ortsgruppen um Breslau herum zeigen auch ein erfreuliches Bild, in der Antifaschistischen Aktion und Wahlpropaganda. So hat Mettendorf seinen wöchentlichen Zeitungsvertrieb von 100 auf 150 gesteigert. Auch Hartlieb hat den Vertrieb der „Arbeiter-Zeitung“ von 50 auf 80 erhöht. Schmidt, Klafschin und Macschwitz lassen es sich auch nicht nehmen, laufend wöchentlich eine große Anzahl „Arbeiter-Zeitungen“ zu verkaufen und damit ihre Agitation und Propaganda für die Reichstagswahl im Zeichen der Antifaschistischen Aktion durchzuführen. Auch die Genossen der Ortsgruppe Rosenthal, die am letzten Sonnabend innerhalb von drei Stunden 50 „Arbeiter-Zeitungen“ und 50 illustrierte Wahlzeitungen verkauften, haben sich das Ziel gesetzt, in kurzer Zeit die Abonnentenzahl der „Arbeiter-Zeitung“ beträchtlich zu steigern.

Genossen, das ist nur ein Auschnitt aus der großen Antifaschistischen Aktion, die jetzt mit aller Entschiedenheit und mit aller Energie geführt werden muß. Die Reaktion holt zu neuen Schlägen gegen die Antifaschistische Aktion und die SPD, die Führerin des Proletariats, aus. Parieren wir diese Schläge, in dem wir unsere Agitation und Propaganda für die rote Einheitsfront des kämpfenden Proletariats und für die Liste 3, Kommunisten, im Zeichen der Antifaschistischen Aktion verstärken.

Ein Fest der Verbrüderung

über Organisations- und Landesgrenzen hinweg wird das Internationale Sportfest des ASV. Fanal-Ost am 23. und 24. Juli sein, denn an ihm beteiligen sich neben den tschechischen Sportlern auch Genossen aus den Bundesvereinen. Haltet euch die beiden Tage frei und beachtet morgen das genaue Programm!

Schwere Meuterei im Brieger Zuchthaus

Ein „Zuchthäusler“ hält eine politische Rede, begrüßt die Arbeiterschaft mit „Rot Front!“

Brieg. Nachdem am Donnerstag zirka 40 Gefangene in das hiesige Zuchthaus eingeliefert wurden, welche man aus Wschlau nach hier transportiert hat, kam es am Freitagabend zu einer großen Meuterei. Bereits am Donnerstag bei der Einlieferung war es auf der Straße zu großen Erzessen gekommen. Nach der Meldung des örtlichen Käseblattes soll es sich um besondere „Reyer“ handeln, die am Freitag beim Einschluß den dienstituenden Beamten Widerstand leisteten. Dem einsetzenden Terror der Zuchthausbeamten, die mit aller Brutalität auf die Gefangenen einschlugen, konnten sich nur die Zusätze dadurch erwehren, daß sie durch Einschlagen der Fenster und lautes Rufen und Schreien die Außenwelt aufmerksam machten. Auf der Straße bildeten sich große Menschenansammlungen. Durch Rufe der Zuchthausinsassen wurde die Außenwelt in Kenntnis gesetzt, daß es sich um eine politische Aktion gegen kommunistisch gesteuerte „Zuchthäusler“ handelt.

Die Polizei, die zur Verstärkung herangezogen wurde, ging in aller „Schneelligkeit und Festigkeit“, so meldet die „Brieger Zeitung“, mit dem Gummiknüppel, ja selbst mit der Schußwaffe gegen die „Meuterer“ vor. Es entstand eine regelrechte Schießerei von innen und außen. Zwar ist in der Außenwelt bisher noch nicht bekannt geworden, wieviel Opfer der „humane“ Strafvollzug an dem Tage gefordert hat. Doch steht bereits fest, daß die angewandte Brutalität durchaus nicht nur „Schreckschüsse“ waren.

Die „Brieger Zeitung“, die in längeren Ausführungen dazu Stellung nahm, versucht die Dinge so hinzustellen, als wäre dieser Ausschrei der Zuchthausinsassen eine verabredungsgemäß inszenierte Sache. In Wirklichkeit liegen die Ursachen in der Behandlung und Verpflegung der Gefangenen. Schon oftmals haben wir in der „Arbeiter-Zeitung“ auf die unmenschlichen Schikanen in den schlesischen Gefängnissen und Zuchthäusern hingewiesen und haben prompt darauf eine Berichtigung des Strafvollzugspräsidenten erhalten, ohne daß jedoch die Dinge geändert wurden.

Daß das Leben durchaus nicht so in den Zwingburgen der deutschen Republik ist, wie es die bürgerlich-sozialdemokratischen Zeitungen hinzustellen versuchen, beweist schon die Tatsache, daß im Brieger Zuchthaus schon einige Male derartige Meutereien ausbrachen. Und die Tatsache, daß sich am Mittwoch in einer Zelle im Kreisauer Gefängnis ein Insasse erhängte, ist ebenfalls ein Beweis des „humanen“ Strafvollzuges.

Stärker denn je muß die Arbeiterschaft die Freilassung aller proletarisch politischen Gefangenen fordern.

Die „Schlesische Zeitung“, das Leib- und Magenblatt aller Nazis, schreibt über die Meuterei von „Berliner Schwerverbrechern kommunistischer Gesinnung“ usw., von denen schon bei der Einlieferung einer derselben an der Anstaltspforte eine Ansprache

gehalten hat und die Brieger Arbeiterschaft mit „Rot-Front!“ begrüßt hat, verschweigt ihren Lesern absichtlich die Tatsache, daß die Polizei und die Gefängnisbeamten mit aller Brutalität auf die Gefangenen eingeschlagen haben. Auch nicht eine Zeile schreibt sie von der Schießerei, die dort gegen die politischen Gefangenen inszeniert wurde.

Ausbruch der SA. aus dem provisorischen Kampfausschuß

Die SA-Führer haben ihren vorbereiteten Ausbruch aus dem provisorischen Kampfausschuß vollzogen. Wir werden morgen in einem längeren Artikel zu diesem neuen Schlag gegen die kämpfende Einheitsfront Stellung nehmen. Der provisorische Kampfausschuß hat einen Aufruf erlassen, worin er mitteilt, daß er seine Arbeiten im Interesse des Breslauer Proletariats fortsetzen wird. Wir werden diesen Aufruf in der morgigen Ausgabe mit veröffentlichen.

Arbeitslosen-, Krisen- und Wohlfahrtsunterstützungsempfänger!

Gehaus zur großen öffentlichen Protestversammlung am Mittwoch, dem 20. Juli, vormittags 10 Uhr, im großen Saal des „Schichwerders“. Thema: „Kampf dem neuen Unterstützungsabbau, für Erlass der Hauszinssteuer“. Arbeitslose, es geht um euer Sein oder Nichtsein! Erscheint in Massen!

Zentraler Erwerbslosenausschuß Groß-Breslau.

Geschäftliches

Die Mechanische Weberei G. m. b. H. Seitendorf bei Zittau i. Sa., die 18 Verkaufsstellen in Deutschland besitzt, hat nunmehr auch in Breslau, Grauvengstraße 7 (gegenüber S. Klasse) eine Niederlage eröffnet. In aufsehenerregenden Preisen bringt diese Firma Waren eigener Weberei direkt an den Verbraucher, sowie Waren fremder Herstellung durch Großverkauf zu zeitgemäßen Preisen.

Auf Wühlstätten sind die Waren ausgelegt. Das Verkaufssortiment der Firma gestattet eine zwanglose Besichtigung zur Orientierung. Daher ist es für jeden ratsam, vor Einkauf von Textilwaren festzustellen, was diese Firma bietet.

Verantwortlich für den politischen Teil, Redigieren und Layout: Rudolf Zinner in Breslau. — Für die übrigen Seiten: Alfred Jendrich, Berlin. — Für Illustrationen: Albert Gallam, Breslau. — Verlag und Druck: Schlesische Verlagsgesellschaft m. b. H., Breslau, Trebnitzer Straße 50.



Von jeher hält der Schlesier an dem fest, was er einmal als gut erprobt hat. Darum begrüßt er die Wiederkehr der

Rarität No. 200

mit ganz besonderer Freude.

An unsere Arbeiterkorrespondenten!

Noch immer gibt es eine Reihe SA-Leute, die ihre Berichte ohne ihre Namensnennung und Adresse einschicken. Wir können leider solche Berichte nicht veröffentlichen. Wir hoffen, daß sämtliche SA-Leute, die jetzt in besonderen über die Antifaschistische Aktion und den Massenwiderstand der Arbeiterschaft, gegen Faschistenterror und Notverordnungs-diktatur berichten, dies berücksichtigen.

RUND UM DEN ERDBALL

Die Luftfabrik



Sie haben nichts zu antworten

Ich, Goebbels...

Sein Eingang zur Untergrundbahn Bankow hängt an einer Luftfabrik das große Plakat der Kommunistische Partei, das mit einem Zitat von Goebbels beginnt:

„Ich, Goebbels, Reichspropagandaleiter Hitlers, ordne an jede Diskussion über das Kabinett von Papen hat seitens aller Parteistellen in diesem Wahlkampf zu unterbleiben.“

Mehrere Dutzend Personen sind vor der Luftfabrik versammelt und lesen mit großem Interesse das Plakat. Es befinden sich unter ihnen Arbeiter, Hausfrauen, Kleingewerbetreibende, Postboten und auch zwei Personen mit dem Hakenkreuzabzeichen.

„Was sagt ihr dazu?“ wendet sich einer an die zwei Nazis. „Was habt ihr zu diesem Plakat zu sagen? Stimmt das?“

„Wir diskutieren, wenn wir wollen“, antwortet einer der Nazis.

Aber geht doch Antwort. Stimmt das, was die Kommunisten hier behaupten?“

„Wir werden uns von euch nicht herausfordern lassen.“

„Wer zur Wahrheit steht, braucht eine Diskussion nicht zu scheuen. Warum wollt ihr nicht antworten?“

Die zwei Nazis verstimmen. Allgemeines Lachen begleitet sie. Einer sagt: „Wenn sie nicht diskutieren, werden sie schon wissen, warum.“

„Der Grund ist ein einfacher“ sagt ein anderer: „Sie haben nichts zu antworten. Sie sind eben die Knechte der Junkerbarone und der Kapitalisten.“



„Mutter, deine Stimme entscheidet!“

Auf einem großen Plakat ein kleines Kind und darunter zu lesen: „Mutter, deine Stimme entscheidet, wähle Liste 1!“

Worüber entscheidet eigentlich die Stimme und weswegen fordert das Kind die Mutter auf, Liste 1 zu wählen?

Es ist zwar lange her, aber vor jeder Wahl taucht es von neuem auf: Kinderpeinigung statt Panzerkreuzer. Erinnert ihr euch noch jener Propagandawagen der Sozialdemokratie, die diese Lösung verkündeten? Und was ist damals nach den Wahlen geworden? Panzerkreuzer statt Kinderpeinigung.

Nun, dieses Plakat: „Mutter, deine Stimme entscheidet“ heißt in anderer Form das gleiche. Worüber entscheidet die Stimme die für die Sozialdemokratie abgegeben wird? Sie entscheidet darüber — was die letzten Jahre klar bewiesen haben — daß statt Kinderpeinigung Panzerkreuzer gebaut werden. Daß die preußische Koalitionsregierung immer mehr Schulen abbaut, daß die Lage der proletarischen Kinder sich immer mehr verschlechtert.

Wer diese Entscheidung will, der wählt Liste 1.



Wir Frauen...

Die Argumente der Nazis scheinen erschöpft zu sein. Nun, was sollen sie auch sagen? Es weiß doch jedes Kind daß die Nazis die Grundlage der Papen-Regierung bilden, daß diese Regierung es war, die die Salzsteuer erhöhte, die Arbeitslosen- und Wohlfahrtsunterstützung gekürzt, den Kleinrentnern und proletarischen Hausfrauen das Leben bis zur Unentzähllichkeit erschwert hat. Die letzte Notverordnung der Papen-Regierung, die mit Zustimmung Hitlers durchgeführt wurde, gibt gewissermaßen einen Vorgeschmack des Dritten Reiches.

Wie sich die Nazis gegen die Frauen benehmen, das hat vor einigen Tagen ein Nazihauptling in Remscheid-Dill demonstriert, indem er gegen eine kommunistische Jugendgenossin, die Flugzettel verteilte, mit einer Hundepetische vorging und sie dann noch angepöbelte hat.



FÜR ARBEIT BROT FREIHEIT
KAMPF WÄHLE
MIT DEN KOMMUNISTEN LISTE 3

Wenn man sich das vor Augen hält, dann versteht man das Plakat. „Wir Frauen wählen Liste 2!“ Fragt sich nur: Welche Frauen? Jedenfalls keine werktätige, keine proletarische Frau.



Für die Gesundheit des deutschen Volkes...

Die Nazis verkünden, daß sie nicht nur für die geistlichen, sondern auch für die physischen Bedürfnisse — kurz, für eine vollständige Gesundheit des deutschen Volkes eintreten. Wie diese Gesundheit aussehen soll, darüber äußert sich ein Spandauer S.A.-Führer wörtlich folgendermaßen:

„Die Bolschewikinnen werden wir nicht umbringen. Wir haben ein besseres Mittel gegen sie. Noch gibt es Gott sei Dank in unseren Reihen der S.A. viele, die mit Syphilis und anderen ansteckenden Krankheiten behaftet sind. Diese

Demonstrierende Frauen hissen rote Fahnen

— beim Massenstreik in Belgien

Massenstreik in Belgien! 150 000 Arbeiter streiken! 150 000 Arbeiter aus den wichtigsten Industriezweigen wehren sich mit der Waffe des Streiks gegen ihre Ausbeuter und Unterdrücker.

Hellrot lodern die Flammen! Polizei, Soldaten — alles wird ausgeboten, um die loderbenden Flammen zu erlösen. Aber nichts kann die von trotzigem Kampfeswillen befehlten Arbeiter zusammen mit ihren Frauen vom Kampf abhalten oder zurückreden.

Die bürgerlichen Zeitungen berichten in langen Vertern über die Streikklampe, über die Beteiligung der Frauen selbst lesen wir:

... In der fürchterlichen Hügellandschaft des Borinage geht die Agitation weiter. Ortsfremde Kommunisten reden und predigen in düsteren Hauseingängen, im Schatten der himmelsrazenden Schornsteine und hetzen, daß die Weiber sich den Eskadronen sogar entgegenwerfen die Pferde bespielen und aus den Fenstern auf die Soldaten werfen. Aus den Dörfern der Trauerlandschaft steigt der Schatten der Revolte hoch! (Rhein-Westf. Zeitung.)

In Marcinelle wollten Polizisten einen Demonstrationzug von 1000 Arbeitern sprengen. Mit den Frauen an der Spitze wühlten diese den Angriff mit Steinen und Stäben zurück. Die Polizei gab Feuer, wodurch mehrere Arbeiter verletzt wurden. Die Frauen schritten zum Gegenangriff und verletzten drei Polizisten.

In allen Bergarbeiterorten fanden begeisterte Demon-

strationen statt, an deren Spitze massenhaft Frauen der streikenden Bergarbeiter marschierten. Zahlreiche Seidenfabriken und Spinnereien, in denen vorwiegend Frauen und Mädchen arbeiten, Zementfabriken und Stahlwerke wurden besetzt.

In Chatel kam es zu Zusammenstößen zwischen demonstrierenden Bergarbeitern und der Gendarmerie, wobei eine Frau verwundet wurde.

Glänzende Brauurstücke leisteten die Frauen, die heroisch in der vordersten Reihe stehen und kämpfen!

In Marchienne zum Beispiel verhinderten die Frauen die Ausfahrt der Straßenbahnwagen aus den Depots, indem sie sich auf die Schienen legten!

Als in Marchienne Soldaten gegen die Streikenden eingeleitet wurden, verweigerten die Soldaten den Gehorsam und verbrüderten sich mit den Kämpfenden.

Demonstrierende Frauen hissen ihre roten Fahnen auf den Lastautos der Soldaten!

Kampfmütig und siegesbewußt stehen die Arbeiterfrauen Belgiens an der Seite ihrer Männer, Schulter an Schulter kämpfen sie gemeinsam gegen ihre Ausbeuter und Unterdrücker.

Ihr Frauen, ihr Arbeiterinnen! Haltet hoch im Kampf die rote Fahne! Tragt sie voran in den kommenden Kämpfen, bis von jedem Schacht, jedem Schornstein und Fabrikator rote Fahnen den Sieg des Proletariats verkünden!

Ein arbeitsloses Mädchen...

8,80 Mark wöchentlich

Sie steht allein. Hat keine Familie, keine Arbeit. Ihre ganze Unterstützung beträgt 8,80 Mark pro Woche. Und ihr Leben? Wie kann sie mit diesem Geld ihr Leben fristen. Was kann sie mit diesem Geld anfangen? Miete, Licht und Heizung kosten 3,90 Mark die Woche. Bad und Wäsche kommen nicht in Frage.

50 Pfennig muß sie für eine besondere Versicherung zahlen.

Sie ist nirgends organisiert.

Für Kleidung, Unterwäsche, Schuhe und Reparaturen gibt sie 2 Mark aus.

Für Brot und Kartoffeln legt sie 1,50 Mark an.

Fleisch und Wurst „kann ich mir nicht erlauben“.

Margarine kostet 45 Pfennig (Butter und andere Fette werden nicht gekauft).

Hülsenfrüchte und Gemüse: „Nichts für übrig“.

Milch 22 Pfennig (also ein Liter pro Woche). Käse und Eier gibt es nicht. Obst, Salate kommen nicht in Frage.

Andere Nahrungsmittel können nicht gekauft werden.

Bücher: 35 Pfennig.

Insgesamt betragen die Ausgaben pro Woche 8,92 Mark. Das sind noch 0,12 Mark mehr als die Unterstützung beträgt. Auf die Frage, woher das Geld kommt, um mehr auszugeben als einzunehmen, erklärt sie: „Ueberschuß vom vorigen Monat“.

Im vorangehenden Monat hat sie also nicht so „fürstlich“ gelebt wie in diesem Monat. Vielleicht hat sie auf Milch verzichtet oder auf die „Bücher“.

8,80 Mark Wocheneinkommen — im August werden es 2,20 Mark weniger — ohne Fleisch, ohne Gemüse, ohne Obst, Salate, ohne irgend etwas, das die graujame Eintönigkeit des Essens, des Lebens unterbricht. So lebt eine erwerbslose Arbeiterin im Jahre 1932.

Der Generaldirektor eine Schiffsfahrtsgrütes aber hat ein Einkommen, das zweitausendmal so groß ist.

Wo das Proletariat regiert...

Forschungsinstitute und Hochschulen

Warsz, Juli. Anläßlich des 12. Jahrestages der Befreiung Weißrußlands von der polnischen Okkupation hat die 3. Session des Zentral-Vollzugskomitees der Weißrussischen S.S.R. sich mit einem Aufruf an die Arbeiter und Kollektivisten, Arm- und Mittelbauern, an die Rote Armee, die gewesenen Rotarmisten und Rote Partisanen gemandt, in dem es u. a. heißt:

Auf Grund der Verwirklichung der Generallinie der Partei und der Leninischen Nationalitätenpolitik, haben die Werktätigen Weißrußlands die Wunden der polnischen Okkupation geheilt und verwirklichen zusammen mit dem Proletariat der Sowjetunion den Aufbau des Sozialismus. Die Industrie in Weißrußland wächst und gleichzeitig vermehrt sich die Arbeiterklasse. 1932 sind in der Industrie Weißrußlands 91 282 Arbeiter beschäftigt.

In der sozialistischen Rekonstruktion der Landwirtschaft hat Weißrußland gewaltige Erfolge erzielt. 60,6 Prozent der Sommerausfaat ist von den Kollektivwirtschaften und Sowjetwirtschaften getätigt. Ueber 2000 Traktoren und 57 M.T.S. arbeiten auf den kollektivwirtschaftlichen Feldern. Weißrußland wird zu einem Land ohne Analphabeten. Es wurden eine Akademie der Wissenschaften, ein Lenininstitut, 38 wissenschaftliche Forschungsinstitute, eine Universität, 32 Hochschulen, 171 Mittelschulen, 237 Fachschulen, 5950 7-Jahreschulen gegründet. Die Werktätigen, Polen, Juden, Litauen, Letten und Deutsche, haben die günstigsten Vorbedingungen zur wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung.

Jede werktätige Frau in Stadt und Land

jede proletarische Hausfrau empfindet den Druck der Notverordnungen, sucht einen Ausweg gegen die Notverordnungen der Papen- und der Preußenregierung, gegen den Mordterror der Nazis.

Reißt euch ein in die Antifaschistische Aktion!

Wählt KPD.. Liste 3!

Mittelbelgien verharret im Streik

Belgische Bergarbeiter folgen den Parolen der Kommunisten — Reformistischer Pakt mit den Unternehmern in den größten Streikgebieten abgelehnt

Brüssel, 18. Juli. Die streikenden Bergarbeiter haben der Aufforderung des Generalkomitees der Sozialistischen Partei und des Vollzugsausschusses der reformistischen Gewerkschaften, heute die Arbeit wieder aufzunehmen, keine Folge geleistet.

Im Vorhinein am Dienstag Urabstimmungen über die Wiederaufnahme der Arbeit statt.

Die Vertreter des mittelbelgischen Kohlenzentrums haben die Sitzung der reformistischen Gewerkschaften am Sonnabend, in der die Beschlüsse auf Streikabbruch gefaßt wurden, unter Protest verlassen. Die Bergarbeiterversammlungen in diesem Revier beschloßen, nach den Parolen der Kommunistischen Partei, weiter im Streik zu verharren.

In den Gemischten Kommissionen für Maschinenbau und Hüttenindustrie kam ein betrügerisches Abkommen zustande. Der Ministerpräsident beklammerte die Kommissionen für den „verschämlichen Geist“, den die Vertreter der Gewerkschaften und der Unternehmer an den Tag gelegt haben. Das Abkommen stellt eine gefälschte Ablehnung der von den Streikenden ausgehenden Forderungen dar. Im Abkommen heißt es, daß keine neuen Lohnherabsetzungen vor dem 1. November vorgenommen

werden. Die Durchführung der vor dem Streik der Metallarbeiter angekündigten Lohnkürzungen wird jedoch nur aufgeschoben, die Gemischten Kommissionen werden sich im August zur Überprüfung der Lage zusammensetzen. Dies bedeutet, daß die fünfprozentige Lohnkürzung in der Hüttenindustrie und der 2½-prozentige Lohnabbau in der Maschinenbauindustrie nur auf den Monat August verschoben wurden.

Eine Sonderausgabe der „Drapeau Rouge“, des kommunistischen Zentralorgans, ruft zum Streik auf bis zur Erringung eines entscheidenden Sieges und prangert das von den Reformisten abgeschlossene verräterische Kompromiß an. Die vom „Drapeau Rouge“ aufgestellten Forderungen sind die folgenden: Annullierung des am 19. Juni für die Bergarbeiter durchgeführten Lohnabbaus sowie der beiden für die Metallarbeiter vorgesehenen Lohnkürzungen und Rückgängigmachung des Abbaus der Erwerbslosenunterstützung, Johann: Einführung der Vierzigstundenswoche mit Lohnausgleich, Freilassung aller während des Streiks verhafteten Arbeiter, Herabsetzung der Mieten um die Hälfte, Verharmlosung, Rede- und Pressefreiheit für die kommunistische Partei.

Anschlußverzicht und Finanzkontrolle Oesterreichs

Deutsche Regierung stimmt für einen Schandpakt gegen das österreichische Volk

Im Völkerbundsrat wurde am 15. Juli das Protokoll über die neue Anleihe an Oesterreich beschlossen. Die Anleihe beträgt 300 Millionen Schilling, wovon Frankreich 100 Millionen, England 100, Italien 30, Belgien 5 und andere Staaten den Rest zur Verfügung stellen. Der Völkerbund hat zwei „Finanzberater“, Finanzkontrolleure, ernannt und zwar den Holländer van Tongeren als Kontrolleur bei der österreichischen Regierung und den Belgier Geere als Kontrolleur bei der österreichischen Nationalbank. Die Einkünfte aus der Anleihe dürfen nur mit Zustimmung der Kontrolleure verwendet werden. Die österreichische Regierung hat sich verpflichtet, Maßnahmen zur „Reform des Haushalts und der Finanzen“, d. h. weiteren Lohnabbau, schärfste sozialreaktionäre Maßnahmen, Massensteuern usw. durchzuführen.

Das ist jedoch noch nicht alles. Es liegt die Mitteilung von einer Heuchlerherrie vor, die bisher allseitig beklagt wurde, wonach Oesterreich, als Gegenleistung für die Anleihe auf 20 Jahre auf den Anschluß an Deutschland verzichtet hat.

Zu dem Protokoll der Anleihe nahm der deutsche Vertreter im Völkerbundsrat, Gesandter Goepfert, natürlich auf Anweisung der Papen-Regierung, eine Stellung ein, die sich der Lausanneer Tributpolitik würdig erweist. Goepfert sprach aus, daß die Anleihe mit „politischen Bindungen irgendwelcher Art verzwängt“ sei und erklärte dennoch:

„Um indes die hier in Rede stehende Anleiheaktion nicht zu tören, werde ich mich der Stimme enthalten.“

Der Vertreter der Papen-Regierung stimmte also nicht einmal gegen diese Finanzkontrolle Oesterreichs mitamt dem Anschlußverzicht.

Voll verantwortlich dafür ist mit Papen die mit ihm verbündete Hitlerpartei. Die NSDAP hat ihrer Preisgabe Südtirols, ihrer Billigung des Lausanneer Tributpakttes jetzt ihren Verzicht auf den Anschluß Oesterreichs an Deutschland hinzugefügt. Daß der „Vorwärts“ die österreichische Anleihe mit einem nichtsagenden Satz abtut, rundet das Bild ab.

Dänische Arbeiter entbieten der KPD brüderliche Kampfesküsse

Eine Massenversammlung von 3000 Arbeitern in Kopenhagen nahm eine Sammlung für den deutschen antifaschistischen Kampffonds vor und beschloß einen „Kampfgruß an das Zentralkomitee der KPD“ zu senden, in dem es heißt:

„Wir begrüßen die antifaschistische Massenbewegung und erklären unsere unverbrüchliche Solidarität mit dem deutschen Proletariat in seinem heldenmütigen Kampf gegen den faschistischen Mordterror.“

„Euer Feind ist unser Feind. Wir stehen alle im Kampf gegen den internationalen Imperialismus, der durch Versailles und Lausannepakt seine Einheitsfront gegen das internationale Proletariat und sein Bollwerk die Sowjetunion geschlossen hat.“

Wir versprechen mit euch zusammen den revolutionären Kampf gegen den dänischen, den deutschen und den internationalen Kapitalismus zu führen, für die Verteidigung der Interessen des Proletariats, für die Sowjetunion und für die Weltrevolution.“

Wir sind überzeugt, daß die kommunistische Partei Deutschlands, die durch ihre revolutionären Traditionen und alltäglichen hartnäckigen Kampf sich als die einzige Partei der deutschen Arbeiterklasse gezeigt hat, die harte Probe bestehen wird, die sie in den kommenden Tagen durchmachen muß, und daß es der kommunistischen Partei Deutschlands gelingen wird, die wertvolle Bevölkerung Deutschlands unter Führung des Proletariats zu mobilisieren: zum Kampf gegen die Ausbeuter, gegen die Faschisten und die Sozialfaschisten, für die soziale und nationale Befreiung Deutschlands, für ein Sowjetdeutschland.“

In Queensland (Australien) kam es zu neuen Arbeitslosenunruhen und heftigen Kämpfen zwischen Demonstranten und der Polizei, wobei es mehr als hundert Verletzte gab.

In Marokko kam es beim Vormarsch französischer Truppen in noch nicht unterworfenen Gebieten zu Gefechten mit Marokkanern. Ein Offizier und ein Soldat wurden getötet, ein weiterer Offizier schwer verletzt.

Der Betrieb war neu, vor einem Jahr angelegt, gut eingerichtet, moderne Maschinen. Aber unaufhörlich wurde gebaut. Maschinenhalle neben Maschinenhalle. Das gab Lärm, Unruhe. Dauern kamen russische Arbeiter aus den Dörfern, ungelernete, primitive Menschen, die angelernt werden mußten. Neumann arbeitete mit fünfzehn Deutschen und dreißig Russen zusammen. Die Russen, qualifizierte Kräfte, waren meist gute Arbeiter. Nicht so exakt wie die Deutschen, dafür ausdauernd, unermüdbar und erfindertisch, wenn Schwierigkeiten eintraten. Da lachten sie manchmal die deutschen hochqualifizierten Facharbeiter aus, die ratlos standen, wenn ihnen ein Werkzeug fehlte.

Neumann und Nummerich schwitzten schon morgens vor Erregung bei dem Gedanken, ob sie ihr Werkzeug vorfinden und wenn etwas fehlte, ob sie neues austreiben würden. Da lief man oft durch den Betrieb kreuz und quer, bis man ein altes, schlechtes Werkzeug erwischte. Das gab veräuferte Zeit, geringeren Lohn. Und dann die Auseinandersetzungen mit den Kalkulatoren. Die hatten so ihre besonderen Methoden. Stundenlang dauerten manchmal die Debatten.

Jetzt hatten sich die Arbeiter in Abteilung B, Neumanns Werkstatt, zu Brigaden zusammengeschlossen. Vier Deutsche und vier Russen gehörten zu Neumanns Brigade. Die Russen waren gute Kerls, tüchtige Arbeiter. Nur einer, Wassil Iwanowitsch, ein Kulakensohn, war faul und tückisch und ein schlechter Kamerad. Die Pfeife im Mund, stand er an seine Maschine gelehnt und ließ sie laufen, so schnell es ging. Der Tabaksaft lief in seinen gelben Bart. Viel Material verpuschte er und wollte keine Lehre annehmen.

Neumann wurde finstern und nervös. Er bekam zwar sein Geld zusammen und verdiente trotz aller Hindernisse gut. Aber die vielen kleinen Schwierigkeiten beschäftigten dauernd seine Gedanken, wurden riesengroß. Er sah nicht das Ganze, sah nicht, wie ein Riesenbetrieb, eben aus dem Boden gestampft, in wunderbarem Tempo wuchs, ein Schmelzofen, in dem dumpe, häuerliche Menschen umgeschmolzen wurden. Er sah nicht, wie die Arbeiter den Betrieb leiteten, wie eine kleine Schar Begeisteter vom Typ Kolljas die Belegschaft immer wieder mitriß, alle Schwierigkeiten zu überwinden, sich nicht, wie bei den Produktionsberatungen Arbeiter und Arbeiterinnen mit glühenden Köpfen die Verbesserung der Produktion berieten, wie jung und alt abends in Bildungstufen wissensdurstig ein Stück geistiger Welt eroberte.

Er sah nur daß der Betrieb nicht auf geölten Schienen lief, fühlte ständig seine Ruhe gestört, die Höhe des Affordlohns gefährdet und registrierte grämlich verflissen alles Negative. Hin und wieder, wenn Kollja herunter kam, mit breitem Lachen die riesige Tasse auf Neumanns Schulter legte und sein „Guter Kamerad, ihr uns heißen“, sagte, wich der Mißmut für Augenblicke.

Nummerich, ein bedächtiger Arbeiter ohne viel Initiative, war anfangs vom mächtigen Strom der Aufbauarbeit mitgerissen worden und hatte einen Vorschlag zur Produktionsverbesserung eingereicht. Als der Vorschlag durch eine Kommission verschleppt wurde, wurde Nummerich gleichgültig und geriet ganz in Neumanns Fahrwasser.

Noch schlimmer als mit den Männern war es mit den Frauen. In den ersten Wochen hatten sie sich tüchtig sattgeessen und kamen sich nach dem Hunger- und Sorgenleben wie errettet und befreit vor. Dann schmeckte ihnen das Essen nicht mehr. In der Wirtschaft fehlten viele Kleinigkeiten, die sie sich nicht beschaffen konnten. Sie standen herum, klatschten, klagten und gankten sich. Emma Neumann, die zuerst an den Nachmittagen mit großem Behagen auf ihrem Balkon gesessen und bei einer Handarbeit ihrem Kanarienvogel zugehört hatte, begann sich zu langweilen und beteiligte sich mit Leidenschaft am Auffinden neuer Vergernisse. Sie schrieb lange Klagebriefe an ihren 19jährigen Sohn Fritj, der Metallarbeiter und Mitglied des Reichsbanners war.

Kamen die Männer von der Schicht nach Hause, so wurden sie mit einem Spillicht von galligem Klatsch übergossen. Auch suchten die Frauen sie von der Beteiligung an der gesellschaftlichen Arbeit abzuhalten.

In einer finsternen Wolke von Unzufriedenheit und Mißmut gingen die Arbeiter der Abteilung B durch die Arbeitstage und die langen Wintermächte, manchmal im Schlaf aufschreckend von einem beunruhigenden Werkstatt-Traum.

Die Zeitungen brachten Nachrichten vom Vormarsch der Japaner in der Mandchurei. An den Gesprächen im Betrieb konnten die deutschen Arbeiter wenig teilnehmen, weil sie noch nicht genug russisch verstanden.

Fortsetzung folgt.

Noch leben Sie!

Rettet Genossen Kuegg vor dem Tode

Manhina, 18. Juli. Die Genossen Kuegg liegen bewusstlos in ihren Zellen. Am 18. Tage des Hungerstreiks schweben sie zwischen Tod und Leben. Von neuem ergeht der Appell an die Arbeiter der ganzen Welt, daß Leben des Sekretärs der Panpazifistengewerkschaften durch Protestaktionen zu retten.

Das Verteidigungskomitee für die beiden Kueggs, dessen Vorsitzender bekanntlich Suntsilin, die Witwe Sunnatsens, ist, dementiert die von der anglo-imperialistischen Neuter-Agentur verbreitete Nachricht, wonach die Kueggs den Hungerstreik abbrechen. Diese Nachricht stellt nur ein weiteres Manöver zur Verwirrung der Reihen der Verteidiger Kueggs dar. Infolge des fortgesetzten Hungerstreiks schwanken die Kueggs zwischen Tod und Leben.

Kueggs Verteidiger, Fischer, wandte sich an das Oberste Gericht mit einer Erklärung der Verteidigung über die Notwendigkeit der Ueberführung der Gerichtsverhandlung nach Schanghai.

Die chinesische Presse berichtet, daß der Leiter der chinesischen Akademie, Tjai Juan Peil, und Suntsilin, die Witwe Sunnatsens, ebenfalls erneut bei den chinesischen Behörden die Ueberführung des Kuegg-Prozesses nach Schanghai beantragt haben. Der Oberste Gerichtshof verhandelt gegenwärtig über diesen Antrag.

Freiheit für unsere Organisationen!

Protestwelle in der Tschechoslowakei

Prag, 18. Juli. Die Protestwelle gegen die Auflösung der Zentrale der roten Gewerkschaften in der Tschechoslowakei breitet sich immer mehr aus. Täglich finden zahlreiche Versammlungen statt, täglich werden in Betrieben und Versammlungen Protestresolutionen gegen die Auflösung angenommen. Am 16. Juli schloßen sich der Protestaktion zwei Kladoer Großbetriebe an, und zwar die Prager Eisenindustrie und die Poldi-Hütte. Die Betriebsausschüsse dieser Betriebe, die sich aus kommunistischen, sozialdemokratischen und nationalsozialistischen Arbeitern zusammensetzten, sandten an das Innenministerium im Namen der Belegschaften ein Protesttelegramm, in dem sie gegen die Auflösung und den Angriff auf das Koalitionsrecht der Arbeiter protestieren und die Aufhebung dieser Auflösung verlangen.

Active Solidarität für Belgien

Die Belegschaftsversammlung der Konkordia-Grube in Hindenburg hat einen Kampfesgruß an die belgischen Streikenden geschickt. Die Belegschaft gelobt, den Kampf der deutschen Bergarbeiter zu organisieren. Der erste Geldbetrag einer Sammlung für Belgien wurde gleichzeitig überwiesen.

In einer Massenkundgebung nahm die Arbeiterschaft von Beuthen eine Entschliessung an, in der es heißt:

„Der rote Einheitsverband der Bergarbeiter Deutschlands, Bezirk Oberschlesien, hat eine Solidaritätsbewegung für die kämpfenden Bergarbeiter Belgiens eingeleitet. Die Konkordia-Grube sendet ihnen den ersten Geldbetrag. Die Beuthener Arbeiterschaft schließt sich dem an.“

Darüber hinaus sendet die Beuthener Arbeiterschaft den belgischen Kameraden revolutionäre Kampfesküsse und gelobt, den Kampf für eigene Forderungen zu organisieren.

Attentat auf finnischen Kriegsminister

Helsingfors, 17. Juli. Auf den finnischen Verteidigungsminister J. D. Lahdensuo wurde heute früh ein Attentatsversuch ausgeführt, der jedoch nicht gelang. Vier Männer drangen in das Landhaus des Ministers in Rapo ein und gaben mehrere Revolverkugeln auf ihn ab, die fehlgingen. Nach diesem erfolglosen Versuch flüchteten die Täter.

Gottlieb Neumann in Priwalnoje Van Beta Lask

Copyright by „Rote Fabne“, Berlin.

Erzählung aus dem Leben eines deutschen Arbeiters in der Sowjetunion.

1. Fortsetzung

„Das ist hier wichtig“, sagte der Graue gemächlich. „Die Muschiks wollen sich qualifizieren. Verstehst du? Aber mit den Kalkulatoren gibts oft Schwierigkeiten. Die verstehen das noch nicht so und schwitzen über ihrer Idiotenharfe.“

„Idiotenharfe, was ist denn das?“

„Die Rechenmaschine mit bunten Kullern. Da kommt Kollja.“

Der riecht immer, wenn Neue kommen.“

Aus der Richtung kam mit wiegendem Gang ein riesiger Mann mit hohen Schäffstiefeln. Von der linken Augenbraue bis zum Kinn hinunter zog sich eine tiefe Narbe vom Säbelhieb eines Kollschakoffiziers. Er winkte von weitem und lachte breit. „Will mir die neuen Kameraden ansehen. Bist du der Dreher von Borfig?“ Neumann nickte. Ein Bild aus zwei kleinen graublauen Augen traf ihn warm und doch hart fordernd. Der Blick schien wie ein spitzer Stahl alle Hüllen zu durchstoßen. Wieder ging ein Ruck und ein merkwürdiges Rieseln durch Neumanns Körper wie gestern an der Grenze. „Gut, daß ihr kommen. Ueberall Feinde, Bomben, Tanks, Kanonen. Aber ihr kommen, ihr uns helfen. Gute Kameraden.“ Der Riese packte Neumanns Hand und Neumann wurde es heiß. Er wischte die Stirn mit dem Taschentuch. Um Geld zu verdienen, war er hergekommen. Dies kam unerwartet.

Ueber ihm begann ein Kanarienvogel zu schlagen. Er blidete hoch. Emma hatte den Bauer auf den Balkon gehängt und rief hinunter, Neumann solle kommen, die Sachen auspacken.

Coburg, die Stadt des „Dritten Reiches“

„Wir Nationalsozialisten werden die Sehnsucht nach einem Leben der Arbeit, der Ordnung, der Gerechtigkeit in unserem „Dritten Reich“ erfüllen.“
(Nazibürgermeister Schwede von Coburg.)

In Coburg, einer Stadt in Oberfranken (beherrscht von der Burg des Herzogs Karl Eduard von Sachsen-Coburg-Gotha, dem „Engländer“, der heute noch meistens darin haust, regiert seit 3 Jahren unumkränkt ein Nazibürgermeister mit Nazimeinheit im Stadtrat. Drei Jahre Naziherrschaft, das bedeutet drei Jahre Politik des „3. Reiches“ in Coburg.

„Gemeinnutz geht vor Eigennutz“

Da reifen die Hitler und Goebbels, die Strasser und Feder im Lande herum und verkünden großsprecherisch die Phrase: „Gemeinnutz geht vor Eigennutz“. In einem Flugblatt, das bei den verschiedensten Wahlen in Massen verbreitet wurde, wird auch von den Nazis behauptet, daß in Coburg die Nationalsozialisten eine Sparwirtschaft zugunsten der Allgemeinheit eingeführt hätten. Es ist bezeichnend, daß dieses Flugblatt niemals in Coburg zur Verteilung gelangte, denn jeder Coburger Einwohner weiß, daß die Nazis in Coburg eine Futtertruppenpolitik betreiben, die der Konkurrenz standhält. Erster Bürgermeister ist Herr Schwede, der bis zu seiner Wahl Maschinenmeister im Coburger Elektrizitätswerk war, er bezieht weiterhin sein Gehalt in Höhe von 480 Mark im Monat von der Stadt, er hat dazu freie Wohnung, Beleuchtung und Heizung im Werte von 100 Mark im Monat und erhält außerdem 120 Mark Aufwandsentschädigung. Dazu kommt, daß Schwede bairischer Landtagsabgeordneter ist und als solcher 405 Mark Aufwandsentschädigung im Monat erhält, insgesamt also 1085 Mark im Monat.

Nach Schwede ist 2. Bürgermeister der frühere Rechtsanwalt Faber. Seine erste Tat war, als er zum 2. Bürgermeister ernannt war, in der Nazipresse von Coburg ein Interzessionsulatum, in dem er eine größere Wohnung suchte, mit der ausdrücklichen Begründung, daß er als 2. Bürgermeister Anspruch darauf habe. Er erhält als Gehalt 900 Mark im Jahr, dazu ein Wohnungsgeld von 1080 Mark, außerdem bezieht er aus seiner Rechtsanwaltspraxis monatlich seinen feinen Verdienst. Daß er es auch verstanden hat, für seine Zukunft zu sorgen, beweist, daß in seinem Dienstvertrag der Beginn seines pensionfähigen Dienstalters auf das Jahr 1931 festgelegt worden ist.

Coburg hat auch noch einen dritten Bürgermeister, der eine Aufwandsentschädigung von 200 Mark im Monat erhält. Ingesamt löst die Naziverwaltung der Stadt Coburg 26 100 Mark.

Doch nicht allein diese Tatsache charakterisiert die Futtertruppenpolitik der Nazis. Auch die Parteifreunde der Schwede und Co. haben ihr Schwäbchen ins Trockene gebracht.

Ein geschäftstüchtiger Nazi sicherte sich die Lieferungsverträge für den Holzhandel mit der Stadt, ein zweiter kaufte von der Stadt ein billiges Grundstück, der dritte sichert sich für sein Anwesen Hypotheken von der städtischen Sparkasse, die weit über den realen Wert der Grundstücke hinausgehen. Das Wohnungsamt dient lediglich dazu, um durch die Beschlagnahme von Wohnräumen persönliche Vorteile für die Nazis zu erreichen. So nennwürdigen die Nationalsozialisten die Phrase von „Gemeinnutz geht vor Eigennutz“.

Der Etat im letzten Jahr wurde mit einem Fehlbetrag von 104 000 Mark abgeschlossen.

Dazu kommt im laufenden Jahr ein Fehlbetrag von rund 400 000 Mark, wie bereits berichtet. Aus der wertvollen Bevölkerung Coburgs werden auf Anordnung der Regierung von Oberfranken durch nationalsozialistische Steuerbeamten nicht nur die Steuerordnungen reiflos eingetrieben, Coburg hat noch eine eigene Art, die kaum in anderen Städten in demselben Maße anzutreffen ist, die Nazis haben nämlich die Zahl ihrer Gerichtspolizisten von früher 2 auf nunmehr 8 erhöht. Täglich werden durch diese acht Gerichtspolizisten Pfändungen bei Arbeitern und Kleinrentnerbetrieblenden durchgeführt.

Die Nazis als Ausbeuter

Die Nazis sind jedoch nicht nur die Steuerbündel des kapitalistischen Systems, sie sind in gleichem Maße Ausbeuter jeder Art. Sie haben für die städtischen Arbeiter

Die Lohnsumme um die Hälfte gestrichen,

unter der Naziherrschaft sind von 78 im städtischen Dienst beschäftigten Arbeitern 42 entlassen worden. Bei dieser Entlassung haben die Nazis in erster Linie gewerkschaftlich organisierte Arbeiter, darunter auch sämtliche gewerkschaftlich organisierte Betriebsräte, aufs Pflaster geworfen. Mit dem gleichen Federstrich, mit dem die

Hälfte der Lohnsumme für die städtischen Arbeiter gestrichen wurde wurden auch 50 000 Mark bei den Löhnen für Wohlfahrtsbeschäftigte gestrichen. So sieht die „Arbeiterpolitik“ der Nazis aus.

Baracken als „städtische Bauten“

Die Nationalsozialisten behaupten in ihren Flugblättern, daß sie in großzügiger Weise die städtische Bauwirtschaft in Coburg gefördert hätten.

Sehen wir uns einmal an, was die Nazis während ihrer dreijährigen Herrschaft in Coburg gebaut haben. Zunächst wurden einige Bauten fertiggestellt, die schon von der vorhergehenden bürgerlichen Mehrheit errichtet waren. Die Nazis können also keinerlei

Anspruch darauf erheben, diese Wohnungen gebaut zu haben. Was sie gebaut haben, sind Baracken, die die Arbeiter in Coburg als Wanzenburg bezeichnen. Es sind primitive Bauten aus altem Abbruchmaterial, in denen sich kaum das Vieh wohlfühlen würde.

Die Dielen sind unmittelbar auf die blanke Erde gelegt, ungehobelt, volle Splitter, die Feuchtigkeit dringt durch den Boden, das Dach aus alten Ziegeln läßt von oben den Regen durch und die Wände aus alten Balken und Ziegelsteinen leisten der Feuchtigkeit und der Kälte keinerlei Widerstand.

Die „Wohnräume“ bestehen aus einer Stube, 3x3 Quadratmeter und einer Küche, deren Zugang unmittelbar von außen führt, in der Größe von 2½x3 Quadratmeter. Diese Wohnungen mußten von den Wohlfahrtsbeschäftigten selbst gebaut werden, wobei von der Stadt keinerlei Löhne gezahlt wurden.

Die Arbeitsdienstpflicht, der „Stolz“ Coburger Nazipolitik

Das Glanzstück nationalsozialistischer Politik in Coburg ist jedoch die Arbeitsdienstpflicht. In Hunderten Versammlungen, zahlreichen Flugblättern ist die Arbeitsdienstpflicht der Stadt Coburg als ein Wunderbeispiel nationalsozialistischer Arbeitsbeschaffung hingestellt worden. In dem bereits erwähnten Flugblatt behauptet Nazi Schwede, daß

jämliche Wohlfahrtsbeschäftigte als Lohnarbeiter der Stadt beschäftigt würden.

Schon dies ist ein Schwindel. In Coburg gehen alljährlich 1700 Arbeitslose zum Arbeitsamt stempeln. 460 Erwerbslose sind als ausgeleert beim Wohlfahrtsamt gemeldet, davon werden 320 als Pflichtarbeiter beschäftigt. Etwa 100 erwerbslose Frauen haben keinerlei Beschäftigung.

Dabei zahlt Coburg die niedrigste Wohlfahrtsunterstützung in ganz Bayern.

Sehen wir uns zunächst die Pflichtarbeit an. Hier haben die Nazis in Coburg eine Schiebung durchgeführt, die gleichzeitig ihre rassistische Einstellung charakterisiert. Früher wurden die Wohlfahrtsbeschäftigten als Pflichtarbeiter von der Stadt beschäftigt. Als Nazi Schwede zur Regierung kam, schloß er einen Vertrag mit einem Tiefbauunternehmer, der im Auftrage der Stadt Erdarbeiten, Steinbrucharbeiten und Straßenbauten durchzuführen hat.

Bei dem Vertrag der Nazis mit dem Tiefbauunternehmer Wischniowski wurde zunächst die Kinderzulage abgebaut und der Lohn zuerst auf 67, dann auf 61 Pfennig herabgedrückt.

Nachdem der Lohn abgebaut war, wurde die Arbeit wieder in städtische Regie genommen. Bei dem verschärften Antreiberregime gibt es dauernd Unfälle. Erst kürzlich ist ein Mann verunglückt, ihm wurde von der Kipplorenbahn, die einen Berg mit 25 Grad Steigung hinunterfährt, ein Bein abgefahren. Bei dieser Pflichtarbeit werden dauernd Überstunden angeordnet, die nicht bezahlt werden. Wer nicht planmäßig mit seiner Arbeit fertig wird, wird entlassen. Die Naziverwaltung in Coburg beschäftigt nur „überläufige“ Erwerbslose bei dieser Pflichtarbeit. Arbeiter, die im Verdacht einer kommunistischen Gesinnung stehen, werden gar nicht erst eingestellt.

Neben dieser Pflichtarbeit gibt es in Coburg den sogenannten

„Freiwilliger Arbeitsdienst“ mit preussischem Exerzierreglement

Die Papen-Schleicher wollen im ganzen Reich den „Freiwilligen“ Arbeitsdienst einführen. Schon werden in den nationalsozialistischen Zeitschriften frühere Offiziere, Feldwebel und Unteroffiziere als „Kornmeister“ oder „Oberrotmeister“ für den Freiwilligen Arbeitsdienst gesucht. Auf rein militärischer Grundlage soll dieser Arbeitsdienst organisiert werden. Die Papen-Regierung und die Nazis glauben damit, den Stein der Weisen gefunden zu haben, mit dem das Arbeitslosenproblem in Deutschland gelöst werden kann.

Wie sieht der „Freiwillige“ Arbeitsdienst in Coburg aus? Zur Zeit sind 80 jugendliche Arbeiter im Alter von 18-25 Jahren im „Freiwilligen“ Arbeitsdienst beschäftigt. Sie sind in einer Kaserne untergebracht, die Aufsicht führen SA-Gruppenführer, die ihre auf den SA-Jahreskursen erworbenen militärischen Kenntnisse an diesen Jungarbeitern zur Anwendung bringen. Aus einem Bericht, den Nazi Schwede selbst verfertigt hat, entnehmen wir die Dienstzeitung.

Ganz im Sinne des altpreuß. Exerzierreglements heißt es darin: 6,15 Uhr Beden, 6,20 bis 6,40 Uhr Morgenpost (militärisches Exerzieren), 6,50 bis 7,20 Uhr Waschen, Kasserfassen und Ansetzen in kompletter Arbeitskleidung, 7,20 bis 7,45 Uhr Morgenrühstüb. 7,45 Uhr Abmarsch in militärischen Gruppen zum Arbeitsdienst. Beim geschlossenen An- und Abmarsch sind Marsch- und Soldatenlieder zu singen. 8,20 bis 12 Uhr Arbeitsdienst auf der Baustelle, 12,00 bis 13,50 Uhr Mittagspause, geschlossener An- und Abmarsch, 13,50 Uhr Werkzeugkasten, 14,00 bis 15,15 Uhr wiederum Arbeitsdienst auf der Baustelle, 16,30 bis 18,30 Uhr Unterricht

(Instruktionskunde), 18,30 Uhr Appell, Ausgabe der Abendkost, 19,00 bis 22,00 Uhr Freizeit, eventuell Ausgängerlaubnis, 22,00 bis 22,15 Uhr Zapfenstreich.

In der Kaserne ist außerdem eine Wache eingerichtet, die ganz nach militärischem Muster aufzieht und sich ablöst.

Man kann verstehen, daß die kaiserlichen Offiziere, die Feldwebel und Retrattenführer der alten Armee ihre helle Freude an diesem Arbeitsdienst haben.

Natürlich gibt es ganz wie beim Militär auch Strafexerzieren, Strafarbeiten, Urlaubsentzug, ja sogar Strafgebelde. An Entlohnung erhalten die Arbeitsdienstpflichtigen auf dem Papier pro Woche 21,35 Mark, davon werden aber abgezogen für Verpflegung pro Tag 1,10 Mark, für Licht und Heizung pro Woche 70 Pfennig, für Wäsche 70 Pfennig, für Krankentafel 2 Mark, so daß ein Verdienst von 10,25 Mark bleibt. Davon erhalten die Jungarbeiter pro Woche 3,50 Mark ausbezahlt, 6,75 Mark werden bei der Stadt,



Sparkasse in Coburg angelegt. Nach Beendigung des Arbeitsdienstes sollen die Jungarbeiter die gesparten Gelder zurück erhalten. Eine beliebige Methode, die Jungarbeiter um ihren Lohn zu betrügen, ist die Verhängung von Geldstrafen. In einem Bericht eines Nazis aus Coburg in der thüringischen Nazipresse heißt es:

„Politik sowie aufreizende Nebensartien oder Aufheben der dort untergebrachten Jungarbeiter wird auf keinen Fall geduldet, im Gegenteil, ein solches Vergehen wird mit Urlaubsentzug, Küchen- oder Zimmerrdienst, und im Wiederholungsfalle mit Geldstrafen oder Entlassung geahndet.“

Das entspricht ganz dem nationalsozialistischen Gesehensweise, der bereits im Reichstag vorliegt und wo ein Paragraph folgendermaßen lautet:

„Wer einen Arbeitsdienstpflichtigen aufreizt, der Einberufung (!) zum Arbeitsdienst nicht Folge zu leisten, oder wer einen Angehörigen des Arbeitsdienstes aufreizt, eine Widergesetzlichkeit, Gehorsamsverweigerung, Meuterei (!) Verhöhnung oder Sabotage zu begehen, wird mit Zuchthaus bestraft.“

Nicht „Drittes Reich“, Sozialismus ist die Rettung

Wenn jetzt bei der Reichstagswahl die Nazis mit ihren „Errungenschaften“ in Coburg hauffieren gehen, dann halte man ihnen diese Taktiken unter die Nase. Für dieses „3. Reich“ bedanken sich die Arbeiter. Diese faschistische Verflachung der Arbeiterklasse ist kein Ausweg aus dem kapitalistischen Elend, im Gegenteil, wie Coburg zeigt, bedeutet das „3. Reich“ noch größeres Elend, noch größere Unterjochung, noch schärfere Unterdrückung der Arbeiterklasse.

Seht nach der Sowjetunion

Dort gibt es keine Arbeitslosen. Dort gibt es keine Arbeitsdienstpflicht mit militärischen Kommandos, dort gibt es keine Futtertruppenpolitik, dort gibt es aber auch keine Kapitalisten und keine Faschisten. Dort herrscht die Arbeiterklasse, die ihr Schicksal selbst in die Hände genommen hat, die nach sozialistischen Prinzipien die Wirtschaft aufbaut, eine neue Epoche des gesellschaftlichen Lebens eingeleitet hat, in der die Arbeit nicht mehr eine Sache der Sklaverei, Ausbeutung und Unterdrückung, sondern eine Sache der Ehre, des Ruhmes und des höchsten gesellschaftlichen Ansehens ist.

Werttätige in Stadt und Land! Nicht mit den Faschisten ins „3. Reich“, in Barbarei und Verflachung, sondern mit der Arbeiterklasse, mit den Kommunisten vorwärts zum Sozialismus! kämpft in der roten Einheitsfront, in der Antifaschistischen Aktion gegen Hunger, Krieg und Faschismus!

Am 31. Juli wählt Liste 3! Kommunisten!



Der städtische Neubau „Wanzenburg“

Waldenburg

Polizei des Sozialdemokraten Wende bahnt dem braunen Mordgefinde den Weg

Weißstein. Gestern nachmittag marschierte ein auswärtiger S.A.-Trupp provozierend in Stärke von 60 Mann durch den Ortsteil Konradsthal. Nach dem feigen Überfall auf die beiden Arbeiter in Reußendorf konnte sich die Bergarbeiterchaft von Weißstein diese Provokation nicht gefallen lassen. Zum Schutz des Lebens der Arbeiter waren sofort 80 Mann des roten Massenelbstschutzes in Konradsthal zur Stelle. In kurzer Zeit füllten sich die Straßen von zahlreichen Arbeitern aus Weißstein, auch eine Anzahl Reichsbannerarbeiter beteiligten sich an der Abwehraktion.

Die Polizei des Sozialdemokraten Wende ließ den Weg für die braune Mordbande, die Halt machen mußte, durch brutales Einhandeln auf die empörten Arbeitermassen freimachen. Nur durch das brutale Vorgehen der Polizei konnte der S.A. ein Weg durch Konradsthal gebahnt werden. Vier Arbeiter und eine Arbeiterfrau wurden von der Polizei verhaftet.

Nach diesem Vorfall, bis in die späten Abendstunden wurden in dem Bergarbeiterort Weißstein 40 bis 50 Mann Schupo mit Karabinern eingesetzt, um die „Ruhe und Ordnung“ aufrecht zu erhalten. An den Diskussionsgruppen, die sich überall bildeten, beteiligten sich zahlreiche Reichsbannerarbeiter. Offen bringen sie ihre Empörung zum Ausdruck, indem sie erklären: „Wir pfeifen auf diese Freiheit.“ Im Kampf um die Straße gegen das faschistische Mordgefinde, wird auch in Weißstein und Reußendorf die rote kämpfende Einheitsfront formiert.

Arbeiterchaft Waldenburgs legt Kampfgelöbnis ab

Waldenburg. Im vollbesetzten Saale des „Edelstein“ sprach am Freitag der Genosse Beder über das Thema: „Antifaschistische Aktion schlägt Nazi, Junker und Schlotbarone.“ Am Schluß des mit starkem Beifall aufgenommenen Referats, legte die Versammlung stehend und mit erhobener Faust das Kampfgelöbnis ab. An der Aussprache beteiligte sich niemand, trotzdem Nazis anwesend waren, die sich während des Schlußwortes nur durch Zwischenrufe bemerkbar machten. Als Genosse Beder ausführte, daß Hitler die Notverordnungen Papens toleriert und die S.A. und S.S.-Leute zu gut disziplinierten Notverordnungsgeboten erziehe, riefen die Nazis dazwischen, daß am 1. August die Notverordnungen und Tribute befristet sein werden, was die Versammlung mit schallendem Gelächter quittierte. Die Hitleranhänger, die in diesem Glauben leben, werden am 1. August eine große Enttäuschung erleben. Die Notverordnungen werden nur durch die Arbeiterklasse, die in roter Einheit kämpft, befristet werden.

25 Arbeiter ließen sich neu in den Massenelbstschutz aufnehmen. Viele Anhänger der Eisernen Front waren anwesend. Literatur und Zeitungen wurden gut umverteilt. Mit einem brandenden „Rot-Front“ und der Internationale fand die Versammlung ihr Ende.

Rote Einheitsfront entsteht im Kampf

Landeshut. Am Freitag, dem 15. Juli, fand im Luchsaal eine öffentliche Versammlung des Kampfbundes gegen den Faschismus statt, mit vorangehender Demonstration. Genosse Bauer, Breslau, zeigte in seinem Referat die wachsenden Schwierigkeiten der Kapitalisten auf. Diese geben dazu über, den offenen blutigen Faschismus in Deutschland aufzurichten. An zahlreichen Beispielen im ganzen Reich schilderte er das Wüten der faschistischen Mordbanden. Aber der Wille zur Abwehr dieses Terrors wachst. Auch die SPD. und Reichsbannerkameraden erkennen immer mehr, daß sie den Kampf gegen die faschistischen Unterdrückungsmethoden nur gemeinsam mit den kommunistischen Arbeitern abwehren können. Klar und deutlich verstand es der Referent, der gut besuchten Versammlung klarzumachen, wie die Einheitsfront gebildet werden muß. In offener bolschewistischer Selbstkritik stellte er die Fehler der Landeshuter Genossen bei der Bildung der roten Einheitsfront, anläßlich der Kundgebung mit der SPD. und KPD. am 13. Juli, fest. Es darf nicht sein, daß die Einheitsfront von Zeitung zu Zeitung hergestellt wird, sondern sie muß von unten herauf im Kampf um die Tagesfragen entstehen und sich zu einer unüberwindlichen Macht formieren.

Die roge Diskussion, welche nach dem Referat einsetzte, zeigte am heißen, daß die Arbeiterchaft von Landeshut bereit ist, die kämpfende Einheitsfront auf breiterer Grundlage herzustellen. Beweis dafür: Es traten wieder 30 Arbeiter, darunter auch Frauen, dem roten Massenelbstschutz bei. Der provisorische Kampfausschuß wurde erweitert durch Zuwahl von christlichen, parteilosen und sozialdemokratischen Arbeitern. Genosse Bauer hielt dann das Schlußwort. Durch lang andauernden Beifall zeigten die Anwesenden, daß sie mit den Ausführungen, des Referenten einverstanden sind, und die Internationale brauste durch den Saal.

Schutzführer als Schützer der Nazi-Gutsbesitzer

Ein Reichsbannerführer als Feldhüter in Diensten der Nazi-Gutsbesitzer — Große Empörung unter den SPD.-Arbeitern

(Arbeiterkorrespondenz)

Ober-Bögendorf bei Schweidnitz. Immer wieder gibt es einige SPD.-Führer, auch in den kleineren Orten, die den Weg zum Faschismus gehen. In unserem Dorf sind die größeren Gutsbesitzer alle Nazis. Auf Grund dieser Tatsache konnte man annehmen, daß die „Eiserne Front“ diesen Nazi-Gutsbesitzern den Kampf ansagt, aber gerade das Gegenteil ist der Fall! Vor kurzem meldete sich der hiesige Schutzführer Adolf Schachschal vom Reichsbanner für die Nazi-Gutsbesitzer als Feldhüter.

Dieser Führer der „Eisernen Front“ ist also bereit, sein Leben den Nazi-Gutsbesitzern offen zur Verfügung zu stellen. Anscheinend will es dieser keine SPD.-Führer den größeren „Führern“ gleichen. Schachschal ist Vorstand vom Radfahrer-Verein Solidarität, Gemeindevorsteher und Vertreter beim Wohlfahrtsamt; zu diesen Töchchen ist jetzt noch der eines Feldhüters im Dienste der Nazi-Gutsbesitzer hinzugekommen.

Wieder ein KPD.-Funktionär niedergestraft

Mitbegründer der KPD.-Ortsgruppe Reußendorf durch Bauch- und Brustschuß niedergestreckt. Noch in den Nachstunden versammelten sich die Arbeitermassen — 1000 Mann vom roten Massenelbstschutz und 200 Reichsbannerarbeiter marschieren auf

Reußendorf. In der Nacht vom Sonntag auf Montag wurde der Genosse Hermann Weisminkler sowie der Reichsbannerarbeiter Konrad Dinter von der braunen Mordpest feige überfallen. Der Genosse Weisminkler mußte mit einem Brust- und Bauchschuß schwerverletzt vom Plage getragen werden. Der Vorfall trug sich folgendermaßen zu:

Der Genosse Weisminkler und der Reichsbannerarbeiter Dinter waren gegen 1 Uhr nachts gemeinsam auf dem Nachhausewege begriffen. Anscheinend wurden sie von einer Anzahl uniformierter S.A.-Leute beobachtet und verfolgt. In der Nähe des Dominikusplatzes provozierten sie zwei Nazis. Als die beiden Genossen die Provokation zurückwiesen, fügte ein Trupp der braunen Mordpest von 8 bis 10 Mann auf die beiden Arbeiter los.

Auf den Genossen Weisminkler wurden vier Schüsse abgegeben, von welchen drei getroffen haben. Nachdem der Genosse Weisminkler in seinem Blute lag, ergrieffen die Nazis sofort die Flucht.

Das Ueberfallkommando war sehr rasch zur Stelle und verhaftete drei der erkannten Nazis, und zwar den Bauerngutsbesitzersohn Bolle,

Mose aus dem benachbarten Dittmannsdorf und den Schuhmachereimerjohn Bolle aus Reußendorf. Eine sofort durchgeführte Hausdurchsuchung bei den verhafteten Nazis förderte verschiedene Waffen zu Tage. Daraus geht offensichtlich hervor, daß die Nazis sämtlich bewaffnet sind.

Nach Bekanntwerden der feigen Mordtat bemächtigte sich der Arbeiterchaft von Reußendorf eine ungeheure Empörung. Noch in den Nachstunden sammelten sich die Arbeitermassen an den Straßenecken und diskutierten bis in die frühen Morgenstunden. Alle Arbeiter, ob Eisernen Frontler, Kommunisten oder Parteilofer, sind einer Meinung: **Gemeinsamer Kampf, gemeinsame Abwehr ist notwendig!**

Der Genosse Weisminkler liegt in hoffnungslosem Zustande im Krankenhaus. Er ist ein langjähriger, aktiver Funktionär und Mitbegründer der Ortsgruppe der kommunistischen Partei.

In den Nachmittagsstunden des gestrigen Tages demonstrierte die Arbeiterchaft durch Reußendorf ohne jede Anmeldung. Etwa 1000 Arbeiter vom roten Massenelbstschutz und 200 Reichsbannerarbeiter marschierten in einer Front durch die Straßen, um so dem Faschistengefinde den Willen der Arbeitermassen zur Abwehr jedes Faschistenterrors zu zeigen.

SA.-Meuterei in Reichenbach

SS. und SA. prügelt sich auf dem Ring — Zwei SA.-Leute ausgeschlossen — SA.-Proleten, macht Schluß mit der Systemarmee — Her zur roten Front!

Wie erst heute bekannt wird, kam es am Sonntag, dem 3. Juli, zu einer großen Meuterei innerhalb der SA. und SS. in Reichenbach. Anlaß zu dieser Meuterei gab die Einstellung der NSDAP. zur Arbeitsdienstpflicht. Bekanntlich tritt die NSDAP. offen für den Arbeitsdienst ein. Sie ist dafür, daß die gesamte Jugend ohne Entlohnung bei militärischem Drill und Kasernenhoftun für den Streikbruch und Krieg gegen Sowjetrußland eingezogen werden soll. Die NSDAP. legt der faschistischen Arbeitsdienstpflicht so große Bedeutung bei, daß sie dafür eine besondere Abteilung, die direkt der Gau- bzw. Reichsleitung untersteht, geschaffen hat.

Auf Grund der jetzt erlassenen Ausführungsbestimmungen zur Arbeitsdienstpflicht gab es große Differenzen zwischen der SS. und SA. in Reichenbach.

Die SA. war nicht gewillt, sich den Anordnungen der SS. zu fügen. Auf Grund dieser Differenzen prügelte sich die SA. und SS. am Sonntag, dem 3. Juli, mittags um 11 Uhr, auf dem Ringe.

Dem SA.-Mann Doppermann aus der Schweidnitzer Straße wurde mit einem Schlagring die linke Gesichtshälfte aufgeschlagen. Er und noch ein zweiter SA.-Mann wurden nach dieser Schlägerei aus

der SA. ausgeschlossen. Der SA.-Mann Gürtler erklärte: „Wo es Prügel gibt, gehe ich nicht hin. Ich lasse mir nicht die Knochen kaputt schlagen.“ Die Meuterei hatte solchen Umfang angenommen, daß Hitler der SA. auf vier Wochen das Tragen der Uniform verboten hatte. Der Gruppenführer der schlesischen SA., Memmörder Heines, befindet sich schon seit einigen Tagen zur Liquidierung der Meuterei in Reichenbach.

Die SA.-Proleten müssen aus diesem Vorfall lernen. Hitler kann in seiner SA. nur Leute gebrauchen, die stramm stehen, gehorchen und die Befehle zur Ermordung von revolutionären Arbeitern ohne Widerpruch ausführen. Die SA. ist nichts anderes als eine Systemarmee zur Verteidigung des Finanzkapitals und soll durch eine Arbeitsdienstpflichtarmee erweitert werden. Kein Arbeiter, der gegen das kapitalistische System, gegen die Hungernotverordnungen der Papenregierung kämpfen will, kann Mitglied dieser Systemarmee sein. Wir rufen die irreführten Arbeiter in der Systemarmee auf, nicht bei der Meuterei stehen zu bleiben, sondern sich einzureihen in die rote Front zum Kampf gegen die Young-Knechtschaft, gegen die Herrschaft des Finanzkapitals, für die soziale und nationale Befreiung des deutschen werktätigen Volkes.

Rus der 1. Abteilung vom Hans-Heinrich-Schacht:

Kumpel liegen bis zu den Hüften im Wasser

(Bergarbeiter-Korrespondenz)

Waldenburg. Die Kameraden dieser Abteilung müssen unter unglaublichen Verhältnissen arbeiten. Die Abteilung baut in der am höchsten gelegenen „Wilhelmshöhe“, das sind 50 Meter unter der Hohenhängebank. Das Gebirge ist dort sehr zerklüftet. Regnet es über Tag und Nacht, wie das in der letzten Zeit oft der Fall war, so kann man mit Bestimmtheit in einer halben Stunde das Wasser unter Tag erwarten. Die Kameradschaft arbeitet im 38. Flöz. In diesem Streb fährt eine elektrische Schrägmalchine, die vollkommen im Wasser und Treib läuft, da durch das Wasser die Sohle vollkommen aufgeschwemmt ist. Das ist natürlich auch eine Gefahrenquelle für die Kumpel, weil die Wane in dieser weichen Sohle versinken und große Störungen verursachen. In letzter Zeit kam es öfter vor, daß die Kameraden dieses Strebes wieder nach Hause gehen mußten, weil der Streb zu Bruch gegangen war, oder die Schrägmalchine zerfallen war. Nun ist dieser Streb nach verheerender angeht, so daß er ein verkehrtes Fallendes hat. Würde man auf die Gesundheit der Kumpel etwas Rücksicht nehmen, so wäre es ein leichtes, den Streb umzustellen, so daß das Fallende auf die alte Arbeit zurückgeht und der Arbeitsschritt würde wieder sein. Wenn die Kumpel Einbruch haben, liegen sie bis zu den Hüften im Wasser. Das ist herabholzeilich gar nicht zulässig. Wo bleibt hier die Bergbehörde?

Zu allem Überdruß ist an dem Strobe noch das Kubikzentimetergebirge eingeführt worden. Vielleicht glaubt man dadurch, die Kameraden etwas mehr auf ihre Leistung zu kontrollieren.

Kameraden, wehrt euch gegen solche Maßnahmen. Kämpft für Beseitigung der schlechten Verhältnisse, die mit Leichtigkeit zu ändern sind. Denkt an euch und eure Familie. Wenn eure Gesundheit zum Teufel geht und ihr den Grubenbaronen nicht mehr genügend Profite schaffen könnt, steigt ihr unbarmherzig aus Straßenpflaster. Wählt vor den Streben Vertrauensleute, die mit den Betriebsräten in enger Verbindung stehen und Aktionen der gesamten Abteilung gegen die Sauzustände organisieren.

Krach im Lager der Nazis

(Arbeiterkorrespondenz.)

Sagan. Vor einigen Tagen wurde ein Genosse mit seiner Frau ungewollt Zeuge einer interessanten Unterhaltung zwischen zwei Saganer Nazis. Der, bei den Faschisten gefandene Massenverräter D e r e l, und jetzige Stolz der Saganer SA., war mit einem seiner eigenen „deutschen Volks- und Gefinnungs-Genossen“ zusammengekommen. Mit den unflätigen Beschimpfungen zogen beide übereinander her. Dertel äußerte sich wörtlich: „Ich muß ich genau so mit der Anarre weg, wie jeden anderen.“ (Wie es scheint, trägt das Vorheimer Wutdokument bereits Früchte in den eigenen Reihen.) Kraftausbrüche, wie: „Camp, Spitzhube, Salunk!“ sollten allem Anschein nach den Ausdruck ihrer gegenseitigen Sympathien bekräftigen. Eine recht treffende Bezeichnung der braunen Mordpest und voll der Wahrheit entprechend. Aus vielen Anlässen läßt sich die Richtigkeit, die wahre Namensnennung der Faschisten beweisen. Erfreulich ist es jedenfalls, wenn diesen Beweis selbst Anhänger der NSDAP. auf öffentlicher Straße bekräftigen.

Wir Saganer Arbeiter sind uns bewußt, was uns im „Dritten Reich“ erwartet und werden uns in geschlossener roter Einheitsfront einen sozialistischen Staat der Arbeiter und Bauern erkämpfen!

Oeffentliche Erklärung!

Sagan. Hiermit erkläre ich, daß die von den Renegaten (KPD.) ausgekreuten Verleumdungen, wonach ich bei den Nazis sei, oder zu ihnen gehen wolle, völliger Schwindel ist. Ich habe mich bisher niemals mit derartigen arbeitserfeindlichen Plänen beschäftigt und stehe als Mitglied der Roten Hilfe und revolutionärer Arbeiter nach wie vor auf dem Boden des revolutionären Klassenkampfes. Für den Sieg der proletarischen Revolution! Mit rev. Gruß

Alfred Lenhardt.

Jungproleten auf Gut, Schacht und Betrieb, kämpft mit dem KPD., macht euch frei! Erkennt eure Kraft, holt uns zum Sieg gegen Ausbeutung und Terror, wählt Liste 3!

Kauft bei Blasse, Blasse ist billig, Graupenstraße 6/10

4082

Zentrum

Man kauft nur Hut-Schurz-Hüte Schmiedebrücke 17/18, Schweidnitzer Str. 28

Albert Gutsche, Reuschestr. 32/33 bekannt als leistungsfähig in Leder- und Schuhbedarfsartikeln

KAUFT SCHUHE NUR VON ENORM BILLIG NATHAN GRAUPENSTR. 2-4, am groß - an detail

Sellen-Vertrieb Der schlichte Laden Wäsche, Baumwollwaren

Maustrauen bevorzugen Milch- u. Molkereiprodukte der modern u. hygienisch eingerichteten

Gemeinnütziges Pfandleihhaus der Stadt Breslau, G. m. b. H. Berliner Platz 2

Schlesische Mühlenwerke Aktiengesellschaft Breslau Hervorragende gute Weizen- und Roggenmehle

Schuhe Schuhvogel nur bei Friedrich-Walke-Mstr. 66 Scheitnigerstraße 12, Ecke Adalbertstraße

Fleisch-Zentralen Verkaufsstelle I: Messergasse 23 Verkaufsstelle II: Neumarkt 14

Lebensmittelhaus Alfred Koller 80% Sparrogasse 4/5

Wo kaufen Sie am billigsten Damenkleiderstoffe, Herrenstoffe Seiden- und Futterstoffe, nur bei D. Süßmann

Stoff-Schuffan Herren- und Damen-Stoffe bekannt billig, reell Herrenstraße 28

Händler kaufen Kurzwaren, Wolle, Strümpfe enorm billig bei größter Auswahl im Engroslager Max Cohn & Co.

Wäscherei, Schneewittchen Pfälzer Grünle, Bachmannstraße 16a Annahmestelle: Hirschstraße 40.

HUT-ROSENTHAL 810cherplatz 5 Neue Schweidnitzer Str. 3a

Damenhüte preisw. durch eigene Fabrikation Oskar Garn, Ring, am Rathaus

Reserviert 39 Händler und Hausierer!

Georg Nathan, Graupenstr. 2 4 Zigarren • Zigaretten • Tabake

Friedlaender & Littauer Ring 18, Ohlauer Straße 70

Jeder Arbeiter kauft am besten bei A. M. Remak, Lederhandlung Kupferschmiedestraße 37

West

Kauft beim Inserenten Karl Hellmich

Bäckerei und Konditorei Paul Moczko, Leuthenstraße Nr. 68

Drogen, Farben, Foto Franz Gröschel, Leuthenstr. 60

Paul Gebauer Posener Straße 27 Filiale Frankfurter Straße 31

Kolonialwaren, Konserven Spez. Kaffee (Eigene Rösterei)

Oskar Laguna Kolonialwaren Anderssenstraße 31

Bäckerei und Konditorei, G. Bappich Gandauer Str. 17 - 9 Proz. Rabatt

Vogelutterm nur bei Ritter Friedr.-Wilh.-Str. 53, Ecke Friedr.-Karl-Str.

Schmelz ist und bleibt billig! Friedrich-Wilhelm-Straße 25

Täglich frische Seefische und Räucherwaren billigst bei Richard Polke, Fuderssenstraße 16

Kolonialwaren R. & J. LUX Anderssenstraße 2

Farben und Lacke / Malerhaus Westend- Ecke Anderssenstr.

Lebensmittelhaus Heinrich & Co. Frankfurter Straße 154

Tischlerarbeiten führt sauber und preiswert aus Tischlerei Gustav Schiller, Leuthenstr. 70

Fleischerei und Wurstfabrik Adolf Biedermann

D. Miska, Redigerstr. 6/8 Sellen- und Limonadenfabrik

Arbeiter, wohin? „gemütlichen Art Korle“ zum Lohestraße 37

Brot- und Feinbackwaren bei Emil Menzel, Schwenkfeldstr. 31

Wenn Ihnen andere Mittel nicht helfen, so versuchen Sie es mit „Maima“ gegen Entzündungen, Grippe usw.

Kaschube & Döring GmbH Ardel- und Turgetzke, Wäscheleinen

Arzneistoffe kaufen Sie billigst und gut bei Altmann & Pedwasser

Drogen, Farben, Foto Matthias / Gartenstr. 10

Damenhüte D. Marcus Gartenstraße 66/70

Werkstätige, kauft Radio nur bei RADIO - Ritterplatz

Paul Peschke, Messergasse 1 Lebensmittel- und Kohlenhandlung

Damenhüte Marco - Hüte Ring 22 Herrenartikel Hecht

Radlobastler und Sportler kaufen nur bei Sport u. Funk

Gelegenheitskauf 3 teil. Kleiderschrank, mit Wäsche...

Fleischerei und Wurstwaren Albert Walke, Ursulinerstr. 19 20

BUTTER, KAS, EIER, SCHMALZ MARGARINE NUR BEI CARL JTS. KESSLER, INH. D. KLEIN

Mit „Vandon“ reinigt man tapezierte und gestrichene Decken und Wände Hnilitschka - Tapeten

Schuh-Fabrik Blücherplatz 4

Photo-Bazar Lüttgens Ateller Klosterstraße 20 / Sehr billig, sehr gut

Möbel-Tischlerei Oskar Fröhlich Vorwerkstr. 37, empfiehlt sich bestens.

Elektro-Wäscherei Odertor Seilengasse 1-3. Ruf 44444.

Milch- u. Molkereiprodukte bei M. Schneider, Sandstraße 18

Schuhbesohlung Curt Thamm Münzstr. 3, empfiehlt sich bestens

Man kauft Möbel preiswert u. gut im Möbelhaus Am Ohlau-Ufer 9

Nord P. Pohl Schokoladen / Kakao / Zuckerwarenfabrik

Richard Karsunky & Co. Möbel Rosenthaler Straße 2 - Ecke Matthiasstraße

Arbeitsbekleidung Sortimentslager Norden Kurz- u. Wollwaren Rosenthaler Straße 55

Max Fichte Schleiermacherstr. 1 Bäckerei und Konditorei

M. Scholz Bischerstraße 15 Gesch. Obst Kolonialwaren Spirituosen

Butter-Zentrale Matthiasstraße 102 Margarine Milch- und Molkereiprodukte

Fleischerei und Wurstfabrik Walter Jonnek Weissenburger Platz 9

Paul Herrmann Bäckerei u. Konditorei Trebnitzer Straße 64

St. Vincenz-Drogerie Rosenthaler Straße 43 Ruf 416 57

Fritz Müller, Mühlen-Niederlage Spezialität: Mehl, Vogelfutter, Sämereien

Gute Schuhbesohlerei Karl Hättasch Freiburger Str. 8

Paul Jilke, Piastenstr. 1 Fleischerei und Wurstfabrik

Kolonialwaren, Spirituosen Wilhelm Kupczyk, Schiedewitzstraße 51

Nord-Drogerie und Photohandlung Matthiasstraße 33

Nord Hedwig Depta Fischwaren, Gneisenastr. 8

Kolonialwaren - Spirituosen Heinrich Titze Nachfolger Trebnitzer Straße 52

Fischgeschäft F. Kühn Kospothstraße Nr. 18

Drogerie „Zum Großen Kurfürsten“ Richard Ellison

Paul Kuschel Kolonialwaren / Feinkost Matthiasstr. 183, Schleiermacherstr. 11

Dampfwäscherei und Feinplättere ALBA wäscht für Sie jede Wäsche zu billigsten Preisen gut und sorgfältig

Albert Stosch Kolonialwaren Herzogstraße 36, Vorwerkstraße 62

Süd Deon-Drogerie Foto-Handlung / Farben und Lacke Karl Hubrich

Grabdenkmäler, Urnen Josef Vogel Gräbchen, am Friedhof

Foto / Farben / Lacke Drogerie Walter Binas Lehmgrubenstraße 56

Trinkt Bürgerliche-Brauhaus-Biere Breslau

Gastwirtschaft Langes Holz angenehmes Familienlokal gutgepflegte Speisen und Getränke

Brauerei - Ausschank „Zur goldenen Marie“ Frühstückstube

Brot- und Feinbackwaren bei Emil Menzel, Schwenkfeldstr. 31

A. T. G.

Ost Hüte - Mützen, Herren-Artikel Felix Eckert

Eade, Farben, Pinjel M. Andrißkyte, Feldstr. 50

Paul Scholz Kolonialwaren Klosterstr. 135

Fischhaus Klosterstr. 45 Max Rüsse empfiehlt sich bestens

Südost Sämereien - Gartenbedarfsartikel Gerhard Guhr, Sadowastr. 9

Kolonialwaren, Spirituosen, Zigarren Karl Kirchner

Kolonialwaren Max Naewe Siebenbrunnen Str. 30

Bach & Blachmann Herdalinstraße 44 Ecke Lehmgruben

Trinkt Nitschke-Crem

Gesellschaftshaus „Jägerhof“ Gräbchenstraße 181/183

Trinkt Nitschke-Crem

Brot- und Feinbackwaren bei Emil Menzel, Schwenkfeldstr. 31

Trinkt Nitschke-Crem

Brot- und Feinbackwaren bei Emil Menzel, Schwenkfeldstr. 31

Brot- und Feinbackwaren bei Emil Menzel, Schwenkfeldstr. 31